

rundschreiben
04/22



medico international



Go West?

Raúl Sánchez Cedillo: Wider ein weltweites
Kriegsregime/ Kehrseite der Moral: Klima,
Rojava, Haiti /Überlebensökologie in Brasilien

Titelbild: 1993 coverten die Pet Shop Boys das Lied „Go West“ der Village People, unterlegten es mit Melodie und Harmonie der Sowjetunion und stürmten die Charts. Purer Pop.



Fotos der Autor:innen: medico, Privat

Impressum

Herausgeber:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),

Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,

Mario Neumann, Christian Sälzer

Korrekturat: Silke Weidner

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 04/22

4 Editorial

WIDERSPRÜCHE ZUR UNIFORMIERUNG

- 6 **Moralische Mobilmachung**
Kritik und Opposition in Zeiten des Krieges
- 10 **Ein weltweites Kriegsregime droht**
Interview mit Philosoph und Aktivist Raúl Sánchez Cedillo
- 14 **In der Ukraine, an den Grenzen, im Exil**
medico-Projekte im Überblick

WACHSENDE KRISEN, SCHWINDENDE RÄUME

- 18 **Crisis? What Crisis?**
Die große Flut und die Forderung nach Entschädigung
- 21 **Seuche der Armut**
Cholera-Ausbrüche, globale Krisen und Ungleichheiten
- 24 **Fernverwaltung einer No-go-Zone**
Haiti und das Scheitern westlich-globaler Governance
- 28 **Hybrider Krieg**
Die Zukunft von Rojava ist ungewisser denn je
- 32 **Entrechtung auf Knopfdruck**
Die Instrumentalisierungsverordnung der EU-Grenzpolitik
- 34 **Im selben Sturm, aber nicht im selben Boot**
Dürre und vergessenen Dörfer in Kenia und Mosambik
- 38 **Projekte Projektionen**
Südafrika, Bangladesch, Polen und Griechenland

EINDRÜCKE AUS LATEINAMERIKA

- 40 **Die Macht der Erdbeere**
Brasilien nach der Wahl: politisch und sozial gespalten
- 46 **Im Schatten Ortegass**
Die nicaraguanische Opposition im Exil in Costa Rica
- 50 **Der Geschmack von Freiheit**
Interview mit Bloggerin Mina Khani über den Aufstand im Iran
- 54 **medico aktiv**
Rojava-Tagung, Utopischer Raum, Kritische-Hilfe-Reihe
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

Die Kriegsrhetorik, die uns mit der Zuschreibung von Gut und Böse in Lager einteilt und uniformiert, zwingt sich uns als unvermeidlich auf

Liebe Leser und Leserinnen,

eigentlich entstand das Lied „Go West“, das die Pet Shop Boys 1993 als Coverversion berühmt machten, als Hymne der US-amerikanischen Schwulenbewegung, die den liberalen kalifornischen Westen pries, in dem ein freies Leben für Menschen jeglicher sexueller Vorlieben möglich schien. Uns fiel das Lied ein, als wir über das Titelbild dieses Heftes nachdachten. Tatsächlich sangen die Pet Shop Boys es auch vor einem vorwiegend schwulen Publikum auf AIDS-Galen, aber ihre Version und das dazugehörige Musikvideo greift das Ende des Ostblocks auf und macht daraus zugleich eine Hymne des globalen Westens und seiner Glücksversprechen. Die utopischen Ideen beider Blöcke verschmelzen auf dem Cover zu einem poppigen Nirvana, das trotz der bunten Farben etwas von einem dystopischen und uniformen Militarismus hat. Das Sportstück von Elfriede Jelinek aus den späten 1990er-Jahren ist da nicht weit, das die körperliche Zurückung durch Sport ins Faschistische dreht. Wenn es um die Subversion der Pop-Art geht, bin ich getrost Westen.

Wir beginnen dieses Heft mit einem Schwerpunkt zum Krieg gegen die Ukraine, zu den medialen Debatten hier und zu dem großen Netzwerk aus Partnerinnen und Partnern, das in diesen neun Monaten des Krieges entstanden ist. Mit der humanitären Hilfe in Charkiw, die u.a. „Mirnoe Nebo“ (Friedlicher Himmel) mit Suppenküchen und Wiederaufbaumaßnahmen in der Ostukraine leistet, oder mit den polnischen Feministinnen von Fem-Fund, die unterschiedslos alle Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen, sind Zeichen paradoxer Hoffnung gesetzt. Unsere Partner:innen und Projekte in Osteuropa können an der militärischen Ausgangssituation nichts ändern, aber leisten im Zeichen des Humanismus eine wirkliche Hilfe in der Not.

Gleichzeitig setzen wir uns kritisch mit der Kriegsrhetorik auseinander, der wir alle unaufhörlich ausgesetzt sind. Sie teilt uns mit der Zuschreibung von Gut und Böse in Lager ein, uniformiert uns und zwingt sich uns als unvermeidlich auf. Gegenreden dazu finden sich im Leitartikel von Mario Neumann und im Interview mit dem spanischen Philosophen und Aktivisten Raúl Sánchez Cedillo.



Katja Maurer ist Chefredakteurin des medico-rundschreibens.

Unser Titelbild versieht „Go West“ mit einem Fragezeichen. Im Fragezeichen ist vielleicht das Dritte beheimatet, der konstituierende Frieden, von dem Raúl im Interview spricht, und das es zu denken und zu suchen gilt. Der Westen hingegen ist in die Katastrophen, die Polykrisen, die über die Welt hinwegfegen, tief verwickelt. Auch seine moralische Aufrüstung mit westlichen Werten, die einem immer noch lieber sind als das brachiale Putin-Regime, kann darüber nicht hinwegtäuschen. Wir erzählen in diesem Heft von der Kehrseite dieser Werte: von der Flutkatastrophe in Pakistan, der Cholera als Armutskrankheit, dem Hunger in Ostafrika. Dabei unterscheiden wir uns vom Horror-Infotainment, denn wir haben überall Kolleginnen und Kollegen, die eine eigene und eigentümliche Zeugnenschaft gewährleisten. Sie sind nicht nur durchlaufende Nachrichten auf einem Band am unteren Rand des Bildschirms.

Der sowjetische Schriftsteller Wassilij Grossman – heute würde man ihn als ukrainischen Juden identifizieren und damit seine Selbstbeschreibung überschreiben – war einer der schonungslosesten Kritiker des Stalinismus. Er, der selbst in der Tauwetterperiode nach 1956 nicht gedruckt wurde, schrieb in radikaler Freiheit. In seinem epochalen Werk „Leben und Schicksal“ beschreibt er die Schlacht bei Stalingrad, der er selbst als Kriegskorrespondent beiwohnte. Sein „positiver“ Held, der schon in der Mitte des Buches fällt, ist ein anarchistischer Soldat, Gekow, der mit einigen anderen abgeschnitten von der Armee in einem Haus inmitten der deutschen Linien kämpft. In einem Gespräch mit einem Politkommissar, der ihn unter Kontrolle bringen soll, sagt er: Du kämpfst für das Vaterland, ich für die Freiheit. Gekows Freiheitsbegriff ist ein universeller, der keine Nation, keine Herkunft, keinen Staat kennt. Er wäre Teil des konstituierenden Friedens, von dem Raúl Cedillo spricht. Auf ihn könnten sich vielleicht auch Russ:innen und Ukrainer:innen einmal gemeinsam berufen. Wie heißt es bei den Pet Shop Boys? „There where the air is free, we will be what we want to be.“ Dort, wo die Luft Freiheit atmet, werden wir sein, wer wir sein wollen.

Herzlichst Ihre

Mora- lische Mobil- machung



Die allgegenwärtige Moralisierung der Politik schwächt Kritik und Opposition

Von Mario Neumann

„Wir befinden uns im Krieg. Wie ich Ihnen am Donnerstag sagte, haben wir Europäer heute Morgeneine gemeinsame Entscheidung getroffen, um uns zu schützen.“ Das sind die Worte des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Sie stammen allerdings nicht aus dem Jahr 2022, sondern aus einer Fernsehansprache zu den großflächigen Corona-Maßnahmen Frankreichs im März 2020. Die Kriegsmetapher durchzieht in permanenter Wiederholung die bald drei Jahre alte Grundsatzrede. Nicht eine demokratische Idee gesundheitlicher Versorgung und Fürsorge sollte es richten, sondern die polizeilich-militärische Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung eines äußeren Feindes. „Wir befinden uns im Krieg, zugegebenermaßen in einem Gesundheitskrieg: Wir kämpfen weder gegen eine Armee noch gegen eine andere Nation. Aber der Feind ist da, unsichtbar, nicht greifbar, auf dem Vormarsch. Und das erfordert unsere allgemeine Mobilisierung“, so Macron.

Von heute aus betrachtet erscheint diese mediengetriebene „allgemeine Mobilisierung“ der Bevölkerung in der Pandemie wie eine Blaupause dafür, wie der tatsächliche Krieg, den Putins Armee in der Ukraine entfesselt hat, medial und politisch orchestriert wird. Dieser Krieg verdrängt seit Monaten jede andere Weltkrise und hat das Medienspektakel rund um Corona bruchlos abgelöst. Seitdem wird aus den deutschen Wohnzimmern nicht mehr das

Pflegepersonal beklatscht, sondern der ukrainische Widerstand gegen die russische Invasion. Unzweifelhaft haben diese Menschen nicht nur unseren Applaus, sondern auch unsere Empathie und Solidarität verdient, ebenso wie ukrainische Geflüchtete, die in Deutschland, auch wieder einmal in oftmals beeindruckender Weise, von Privatpersonen aufgenommen und unterstützt werden.

Suche nach Normalität

Beunruhigend ist etwas anderes. In der deutschen „Zuschauerloge“ [Habermas] scheint es tatsächlich meistens um uns zu gehen, wenn von der Ukraine die Rede ist. Es scheint so, als ob dabei die untergründige Verunsicherung und Angst auch das kritische Denken und die gesellschaftliche Opposition in die Arme der westlichen Herrschaft treiben – kaum jemand spricht heute eine andere Sprache als die der Macht. Die moralische Rigidität, mit der die Mehrheitsgesellschaft bereits zur Befolgung der Corona-Maßnahmen aufrief und jeden Zweifel an ihrem autoritären Geist als unsolidarisch brandmarkte, ist dabei noch gut in Erinnerung und schuf vermeintliche Sicherheit in unsicheren Zeiten. Heute ist unübersehbar, dass der emotional hoch besetzte Einsatz für die Aufrüstung der Ukraine bis zu ihrem Sieg auch eine Übersprungshandlung darstellt. Als wolle man sich, wie bei Corona, noch einmal

der Einsicht verweigern, dass der eigene, privilegierte Lebensentwurf längst an ein Ende gekommen ist. Die hierzulande entfachte Begeisterung für den Kampf gegen Putin scheint das Versprechen in sich zu tragen, dass an der Front all das noch zu verteidigen ist, was längst von innen heraus porös geworden ist.

Die dem folgende, allgegenwärtige Militarisierung der Sprache hat ihre Quelle nicht in Kampfbereitschaft, sondern im Wunsch nach Sicherheit und Normalität – und dem Glauben, dass in der Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs zwischen Gut und Böse, ergo einem Sieg über Putin, die Rückkehr in das alte Leben möglich sein könnte. Das bedeutet im Umkehrschluss auch: Man ist ganz offensichtlich dazu bereit, die Menschen der Ukraine diesen Krieg auch für den Westen kämpfen zu lassen und dessen Unterstützung als uneigennützige Solidarität zu verkaufen. Einen Krieg nicht nur für Freiheit und Demokratie, sondern für die Fortsetzung der imperialen Lebensweise, der postkolonialen Ausbeutung und der privatisierten Bequemlichkeit unter westlicher Hegemonie. „Die Ukrainer sind bereit, für die europäische Perspektive zu sterben. Wir wollen, dass sie mit uns den europäischen Traum leben“ – so klingt das euphemistisch aus dem Munde von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Neuer Nationalismus

All das hat dramatische wie bittere Konsequenzen. Im Schatten der medial inszenierten Dichotomie von Gut und Böse wird heute ein neues nationales Selbstverständnis und Selbstbewusstsein gestiftet, das alle offenkundigen Widersprüche überspielt und dessen Überzeugungskraft nur über einen äußeren Feind generiert wird. Man schmückt die eigene, brüchig gewordene Lebensweise mit

blau-gelben Flaggen und nimmt Putins Krieg nicht als Anlass zum Zweifel an einer vom Westen dominierten Weltordnung, sondern zu ihrer Bekräftigung. Der ukrainische Widerstand gegen einen wild gewordenen russischen Autoritarismus wird untergründig kurzgeschlossen

Die moralische Entpolitisierung und unkritische Enthistorisierung sind nichts anderes als eine schleichende Zerstörung der Vernunft im Namen des Guten.

sen mit einem Kampf für jene westliche Gemeinschaft, deren Ortskräfte in Afghanistan immer noch vergeblich auf Ausreise warten. So können sich die politischen Eliten sanieren und auf dem Rücken der angegriffenen Ukrainer:innen den moralischen Druck erhöhen, ihrer von der NATO garantierten „Werteordnung“ beizutreten.

Die dabei stattfindende, skurrile Umwertung der Werte, in der die NATO sich zum Verbündeten von dekolonialen Kämpfen stilisiert und Russland zu ihrem Außen erklärt, obwohl dessen gegenwärtige Verfassung zu nicht unerheblichen Teilen die Handschrift des Westens trägt, sind nur vor dem Hintergrund der moralischen Entpolitisierung und unkritischen Enthistorisierung des Tagesgeschehens möglich. Sie sind nichts anderes als eine schleichende Zerstörung der Vernunft im Namen des Guten. Die moralische Rigidität und Überheblichkeit oder kurz: die unübersehbare Moralisierung der Politik, die wir seit Jahren erleben, leistet tatsächlich einem neuen Autoritarismus Vorschub und nicht dem Kampf für Freiheit, Feminismus und Menschenrechte. Es ist daher

an der Zeit, einen fundamentalen Einspruch zu erheben gegen das neue deutsche Selbstbild und die neu gestiftete Selbstgewissheit, die sich heute in deren Windschatten herausbilden. Denn es bleibt im Sinne Max Horkheimers und in den Vokabeln unserer Zeit dabei: Wer vom Neoliberalismus nicht reden will, möge auch vom Autoritarismus schweigen.

Solidarität in Zeiten des Krieges

Tatsächliche Solidarität wäre mehr als kurzfristig abrufbare Empathie, die so schnell geht, wie sie kommt. Es ginge ihr um einen Abschied von einer privilegierten Lebensweise zugunsten eines gemeinsamen Dritten jenseits der Geopolitik. Das Gespräch darüber wäre aber nicht mit westlicher Überheblichkeit, sondern mit der Anerkennung der eigenen historischen kolonialen Verantwortung zu eröffnen. Dass zu dieser Selbstveränderung hierzulande kaum jemand bereit ist, ist unübersehbar. Dies zeigt nicht zuletzt der absurde Diskurs über die Klebeaktionen der „Letzten Generation“, deren ebenso berechtigten wie moderaten Proteste hierzulande von den gleichen Akteuren in die Nähe des Terrorismus gerückt werden, die sich in der Außenpolitik als Weltretter:innen generieren und sich mit dem Heldenmut der Ukraine schmücken.

Die Regierungen und Eliten des Westens erheben heute Anspruch auf moralische Kategorien, den Gehalt sozialer Bewegungen und auf den Widerstand der Ukrainer:innen. Diesen Versuchen, Emanzipationskämpfe mit einem neuen Nationalismus westlicher Prägung zu verrühren, sollten wir mit aller Kraft widerstehen. Mit einem Denken und Tun, deren Nüchternheit eine wahre Empathie und Solidarität möglich machen – anstatt eines moralisch hochgerüsteten Nationalismus, der in Wahrheit vor allem westliche Privilegien verteidigt

gen möchte. „Dient nicht die Bedrohung durch eine atomare Katastrophe, die das Menschengeschlecht auslöschen könnte, ebenso sehr dazu, gerade diejenigen Kräfte zu schützen, die diese Gefahr verewigen? Die Anstrengungen, eine solche Katastrophe zu verhindern, überschatten die Suche nach ihren etwaigen Ursachen“ – so lauten die ersten Sätze in Herbert Marcuses Vorrede zu seiner Schrift über den „eindimensionalen Menschen“. Sie trägt den bezeichnenden Titel „Die Paralyse der Kritik: eine Gesellschaft ohne Opposition“. Jedes Wort aktueller denn je.



Mario Neumann ist medico-Pressereferent. Nicht erst seit Blockupy 2012 ist er politisch aktiv. Ihn bewegt, wie die Kriegsrhetorik zugleich eine Renaissance der westlichen Überlegenheit gebiert und Räume der Veränderung schließt.

Ein weltweites Kriegsregime droht

Der spanische Philosoph und Aktivist Raúl Sánchez Cedillo plädiert in seinem Buch „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“ für einen konstituierenden Frieden und fürchtet einen autoritären Kapitalismus



Foto: Verlag Katakra

Raúl Sánchez Cedillo ist spanischer Philosoph und hat sich seit Ende der 1990er-Jahre als politischer Aktivist für eine Neugründung Europas durch einen konstituierenden Prozess eingesetzt. Über die Fundación de los Comunes und die Universidad Nomada hatte er engen Kontakt zu unabhängigen künstlerischen und politischen Initiativen aus der Ukraine in der Zeit des Euromaidan 2014, dem Aufstand gegen die Janukowitsch-Regierung. Schon damals gab es unterschiedliche Einschätzungen der Ereignisse. Während die einen auf die starke Rolle rechter und rechtsradikaler Kräfte auf dem Maidan aufmerksam machten, hofften andere auf seine demokratischen Effekte.

In deinem Buch „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“, das gerade in Spanien erscheint, unternimmst du den Versuch einer europäischen Annäherung an den Krieg in der Ukraine, ausgehend von einer europäi-

schen Gegenöffentlichkeit. Du kritisierst Linke, die sich auf einmal auf der Seite der NATO wiederfinden – nicht nur in der Ukraine. Warum?

Raúl Sánchez Cedillo: Ohne das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung infrage stellen zu wollen, fällt es mir schwer zu verstehen, dass der Militarismus, das offene Bekennen zur ukrainischen Armee, in der kleinen ukrainischen Linken eine solche Rolle spielt. Sie macht sich zum Teil einer NATO-Intervention. Die NATO stellt nicht nur die militärische Ausrüstung, sondern ist auch über militärische Informationen bis zu Steuerung der Operationen direkt am Krieg beteiligt. Wenn diese Gruppen sagen, dass man gemeinsam mit der NATO Putin aus dem Amt verjagen wird und das eine sozialistische Revolution zur Folge haben wird, und dass man bei dieser Gelegenheit auch noch die ukrainische Oligarchie loswerde, dann kann ich mich nur wundern. Die Neoliberalisierung und die Deregulierung der Ukraine ist seit dem Maidan ein fortlaufender Prozess. Für mich besteht ein Unterschied in der legitimen Selbstverteidigung gegen die Invasion und einem Militarismus in der Sprache und in den Handlungen, der verlangt, dass man sich auf die Seite der NATO stellt.

Du widmest dich sehr intensiv der Transformationsgeschichte Russlands nach 1990. Wie erklärt sie den gegenwärtigen Krieg?

Putin ist schrecklich. Er ist ein reaktionärer, rechtsextremer, homophober, antikommunistischer Oligarch. Trotzdem ist das Putin-Regime lange Zeit von den westlichen Mächten unterstützt worden. Der Westen unterstützte erst Jelzin und dann Putin gegen eine befürchtete Restauration der Sowjetunion, also ein panrussisches, autoritäres Regime der Oligarchen. Der Westen trägt insofern eine gewisse Verantwortung und die imperiale panrussische Entwicklung hat sich beständig selbst verstärkt. Die politische Situation in Russland ist verheerend. Die gesamte politische Klasse steht hinter diesem Krieg und damit auch wichtige Teile der Gesellschaft. Das ganze Narrativ darüber, dass Putin isoliert ist und von der Elite entmachtet werden wird, ist Wunschdenken. Im Gegenteil, es gibt Leute, die noch schlimmer sind als Putin. Wir müssen die Hegemonie des Nationalismus in Russland als Tatsache zur Kenntnis nehmen.

Du schreibst, dass es keinen Weg gibt, diese Krise durch Krieg zu lösen. Gleichzeitig erleben wir fast überall eine überwältigende Mobilisierung der Öffentlichkeit für den Krieg. Es gibt ein Primat der Geopolitik mit einem oftmals proklamierten „neuen Kalten Krieg“. Ist der neoliberale Kapitalismus als Weltsystem, das alle Kriegsparteien miteinander teilen, passé?

Wir müssen von einem weltweiten System unter US-amerikanischer Führung ausgehen, das sich in einem lange währenden Krisenmodus befindet. Die Aggressivität der USA in diesem Krieg hat damit zu tun, dass sie ihre Führungsposition gegenüber China, aber auch gegenüber einer möglichen Autonomie der EU verteidigen. Da werden auch Widersprüche deutlich. Macron empörte sich bereits darüber, dass die scharfe Kriegspolitik der USA für Europa und

Frankreich enorme ökonomische und soziale Folgen haben wird, während die USA Gas aus Fracking auf den Weltmarkt werfen und der Dollar stark wird. Die Erhöhung der Zinsraten in den USA zwang auch die EU zu diesem Schritt und führt in Westeuropa zu einer Rezession. Aus den US-amerikanischen Strategiepapieren geht längst hervor, dass sie diesen Krieg zur Verteidigung der eigenen Hegemonie gegenüber China nutzen und dabei auch einen ökonomischen Krieg gegen den vermeintlichen Hauptgegner nicht scheuen. Die Schwächung eines semiperipheren Russlands als Bündnispartner Chinas ist ganz im Sinne dieser Strategie, genauso wie die Schwächung einer autonomen EU. Hinzu kommen die internen Widersprüche in den USA. Viele dort sagen, dass sich die USA auf einen Bürgerkrieg zubewegen. Eine Periode also, in der die föderative Macht zur Durchsetzung von Rechtsnormen ernsthaft gefährdet ist, wo Militarisierung und bewaffnete Konflikte ein realistisches Zukunftsszenario sind. Auch die ökonomische Situation für die subalternen Klassen ist dramatisch. Krieg ist ein möglicher Weg aus diesen Dilemmata. Er schafft Ordnung und Disziplin. Denn die Demokraten in den USA, aber auch die Eliten hier sind zunehmend weniger in der Lage, sozialen Zusammenhalt herzustellen.

Du sprichst in deinem Buch von einem weltweiten Kriegsregime. Das bezieht sich also nicht nur unmittelbar auf den Krieg in der Ukraine?

Seit dem Ersten Weltkrieg ist Krieg die wichtigste Quelle für Faschismus an vielen Orten der Welt. In seiner Folge verstärkten sich in seinem Fahrwasser nicht nur der Antisemitismus, der Nationalismus, der Antikommunismus, sondern auch ein besonderes Pathos und die Faszination für die Katastrophe. Deutschen muss ich davon nichts erzählen. Die heutige Situation unterscheidet sich vom Ersten Weltkrieg aber durch eine Sache: Heute liegt ein

enormes Wachstum der biopolitischen Kriegskapazitäten vor, ebenso die technologische Fähigkeit, die Bevölkerungen einer totalen Mobilisierung zu unterwerfen. In Russland begann mit dem Machtantritt Putins das Kriegsregime. Man muss sich nur an die Kriege in Tschetschenien erinnern, die Putin an der Macht konsolidierten. Ich denke, dass das Kriegsregime aber auch in unseren Breitengraden ein Fluchtweg für die – wie wir es nennen – extreme Mitte ist. Diese Mitte ist das Rückgrat der

Wenn dieser Krieg geführt wird, um Russland endgültig zu schlagen, dann bringt er die ganze Biosphäre in Gefahr.

Konstruktion Europas. Statt in eine Phase des Green New Deals einzutreten, der auch anerkennen muss, dass die subalternen Klassen darin ihr Recht bekommen müssen, erleben wir eine große Uneinigkeit des Kapitals, unter den fossilen und nichtfossilen Oligarchen beispielsweise, auch zwischen den USA und Europa. Man setzt also auf ein Kriegsregime in der Hoffnung, faschistische oder autoritäre Tendenzen, aber auch emanzipatorische Kräfte ausschalten zu können. Das wird aber nicht funktionieren. Das Kriegsregime enthält keinen Vorschlag für eine soziale, ökologische Transformation. In Wahrheit ist der gesamte grüne Diskurs wegen des Kriegsregimes ruiniert. Statt eines ökologischen Umbaus stehen wir vor der Renaissance der fossilen Energien. Und das alles, während uns die Treibhausgase schon jetzt in eine Katastrophe treiben.

Also überschreiten wir gerade eine Schwelle

hin zu einer Militarisierung, die bislang tabu war?

Noch einmal: Mich erinnert vieles an den Ersten Weltkrieg. Zu Beginn gab es einen Enthusiasmus, der von einem kurzen Krieg ausging und die nationalen Werte betonte. Dass sich die europäischen Eliten daran nicht zurückerrinnern, zeugt von Wahnsinn. Der Historiker Christopher Clarke bezeichnete die Eliten im Ersten Weltkrieg als Schlafwandler. Das erleben wir heute wieder. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht davon, dass die Ukrainer bereit seien, für den europäischen Traum zu sterben. Und wir würden sie darin bis zum Schluss unterstützen. Was heißt das denn? Man möchte sie fragen, ob sie selbst bereit ist, für den europäischen Traum zu sterben. Die Situation in der Ukraine ist zweifellos dramatisch. Aber es kann nur einen Weg geben, nämlich diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Wenn dieser Krieg geführt wird, um Russland endgültig zu schlagen, dann bringt er die ganze Biosphäre in Gefahr. Dass man eine Atomkriegsgefahr in Kauf nimmt, zeigt, wie irrsinnig die internationalen Beziehungen heute sind. Wenn es nicht zu einer demokratischen Revolte gegen dieses Kriegsregime kommt und sich nicht ein konstituierender Friedensprozess in Europa herausbildet, dann werden wir einen autoritären Kapitalismus erleben, der auf Apartheid und militärischem Kolonialismus beruhen wird. Er legitimiert sich durch das Freund-Feind-Schema, das sich gerade herausbildet.

Viele Ukrainer:innen hoffen auf Demokratie und Rechtsstaat durch den Anschluss an den Westen. Ist das nach 30 Jahren Misswirtschaft nicht verständlich?

All das hoffnungsvolle Sprechen von Demokratie und westlichen Werten oder gar von sozialer Revolution in der Ukraine verkennt die Situation komplett. Wir bewegen uns auf eine Situation zu, in der es in der Ukraine um das nackte

Überleben gehen wird, gerade mit einem Gegner wie Russland, der nicht nur aus Putin besteht. Das ganze russische Regime steht auf dem Spiel. Es wird auf jeden Fall eine strategische Niederlage vermeiden, um jeden Preis. In der Ukraine greifen drei Krisen ineinander: erstens eine Krise im Weltsystem um die Hegemonie zwischen China, den USA und einer gewissen Multipolarität; zweitens ein innerimperialistischer Konflikt zwischen Russland und den westlichen Mächten, der eine Geschichte, aber auch eine Gegenwart aus oligarchischen Kämpfen um globale Märkte hat; und drittens die Krise eines Nationalstaats, der sich gegen eine Invasion wehrt. Um eine politische Haltung zu entwickeln, muss man die Verflechtung aller drei Krisen verstehen. Wenn man sich nur auf die völkerrechtswidrige Invasion in der Ukraine beruft, landet man bei reiner Moral. Als die Ukrainer:innen 1991 mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmten, haben sie nicht für eine Idee von Autonomie gestimmt, die die Selbstopferung der Ukraine vorsieht. Das ist eine reaktionäre, faschistische Erzählung, die allerdings Wurzeln in der nationalistischen Tradition der Ukraine hat.

Konstituierender Frieden und Exodus tauchen in deinem Buch als Idee am Horizont auf. Worauf begründest du die Hoffnung?

Die vorliegenden Szenarien sind alle schrecklich. Aber die Widersprüche darin sind auch offenkundig. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es die Oktoberrevolution. Hoffentlich werden wir weder diese Art von Krieg noch diese Art von Revolution erleben. Aber wir befinden uns an einem Kippunkt des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist in eine Phase eingetreten, in der das Kapital überall vom finalen Ende bedroht ist. Die Demokratie geht dabei verloren, malthusianische Ideen, die eine Schrumpfung der Weltbevölkerung durch „Survival of the Fittest“ für richtig halten, werden immer populärer. Die

Aussichten auf eine Konvivenz zwischen Demokratie und Kapitalismus werden hingegen immer schlechter. Ich bin überrascht, wie viele glauben, dass Biden die Demokratie retten wird. Für mich ist das eine Form von neokolonialen Optimismus. Wer behauptet, eine zivilisatorische Position zu vertreten und dafür seine Beziehung zu Erdogan, zu Katar und zu Saudi-Arabien verbessert, betreibt neokoloniale Heuchelei. Die Lage ist verzweifelt. Aber wir können nicht wissen, ob aus den aufgezählten Widersprüchen nicht neue emanzipatorische Bewegungen entstehen. Um so etwas möglich zu machen, muss man zuallererst den Krieg bekämpfen, der die Vernunft unterdrückt, Leidenschaften und Todestriebe weckt und letztlich den Faschismus nährt.

Interview: Katja Maurer

Die ungekürzte Fassung finden Sie unter www.medico.de/ukraine-interview

IN DER UKRAINE, AN DEN GRENZEN, IM EXIL

Seit Februar unterstützt medico Akteur:innen, die sich in der Ukraine, an den Grenzen und im Exil der Logik des Krieges widersetzen. Unsere Partnerorganisationen leisten Hilfe für Geflüchtete egal welcher Herkunft, versorgen Überlebende medizinisch und mit Lebensmitteln und streiten trotz der Übermacht des Militärischen für eine andere Ukraine.



In den Küchen von **Mirnoe Nebo Kharkova** (dt.: Friedlicher Himmel über Charkiw) arbeiten mehr als 100 Ehrenamtliche, um rund 8.000 Menschen am Tag mit warmen Mahlzeiten zu versorgen, die nach dem russischen Angriff nicht mehr selbst kochen können, weil ihre Küchen zerstört wurden oder sie in Schutzbunkern leben.

Das **Commons: Journal of Social Criticism** ist ein linkes ukrainisches Medienkollektiv, das auf die strukturellen Ursachen von sozialen Ungerechtigkeiten aufmerksam macht, neoliberale Entwicklungen kritisiert und egalitären Positionen Raum verschafft. Mithilfe der Unterstützung von medico kann commons seine Arbeit auch während des Krieges weiterführen und die politischen Entwicklungen im Land kritisch begleiten.

Die Gesundheitsarbeiter:innen von **Bud' jak Nina** (dt.: Sei wie Nina) helfen bei der Evakuierung aus dem Kriegsgebiet und unterstützen mit Kleidung, Hygieneartikeln und Lebensmitteln. Und wie in Friedenszeiten auch streiten sie für eine bessere Gesundheitsversorgung und Arbeitnehmer:innenrechte, die seit Kriegsbeginn weiter eingeschränkt wurden.



Das polnische Netzwerk **FemFund** (Fundusz feministyczny) engagiert sich gemeinsam mit feministischen Gruppen in der Ukraine für den Schutz und die Rechte von Frauen und Mädchen, Trans-Personen, People of Colour, Menschen mit Behinderungen und anderen marginalisierten Gruppen in der Ukraine. In Polen unterstützt FemFund mit medico-Unterstützung Initiativen, die Flüchtende versorgen, psychosoziale und rechtliche Hilfe bereitstellen und den Menschen langfristig ein Ankommen ermöglichen.

Die polnische Stiftung **Towards Dialogue** (Fundacja w Stronę Dialogu) unterstützt Rom:nja, die nicht nur von den Kriegshandlungen selbst betroffen sind, sondern auf der Flucht Rassismus und Diskriminierung erfahren. Viele Rom:nja sind staatenlos oder haben keinen gültigen Pass und dadurch große Schwierigkeiten, einen Schutzstatus zu erhalten. Mit medico-Unterstützung organisiert Towards Dialogue sichere Fluchtwege und würdevolle Unterbringungen für sie.



Die Landwirtschaftskooperative **Longo Maï** im westukrainischen Transkarpatien unterstützt nicht nur die Aufnahme, psychosoziale Betreuung und Versorgung von über Tausend Binnenvertriebenen im Dorf, sondern organisiert mit ihren Netzwerken und medico-Hilfe auch Evakuierungen und Transporte von Hilfsgütern in den umkämpften Osten der Ukraine.

In Georgien unterstützt medico eine Gruppe von **Russ:innen im Exil**, die unter anderem Deserteure und Wehrdienstverweigerer dabei unterstützen, sich der Teilnahme am Krieg zu entziehen. Sie vermitteln Kontakte zu Anwält:innen in Russland und nehmen Aktivist:innen auf, die über die Grenze nach Georgien flüchten.



An der polnisch-belarussischen Grenze leistet das Netzwerk **Grupa Granica** Nothilfe und psychologische sowie rechtliche Begleitung. Fast täglich retten die Aktivist:innen Menschen aus den Wäldern der Grenzregion vor dem Hunger- oder Kältetod. Seit Kriegsbeginn arbeiten die Aktivist:innen der Grupa Granica auch an der polnisch-ukrainischen Grenze und helfen ankommenden Flüchtenden dort bei der Orientierung und Weiterreise.

Weil Rumänien weitaus weniger Infrastruktur zur Aufnahme Geflüchteter hat als andere Länder, ist die Arbeit von **LOGS – Group of Social Initiatives** umso wichtiger. Die Basisorganisation unterstützt schon seit Jahren Menschen auf der Flucht und ist aktuell vor allem in der Erstversorgung geflüchteter Ukrainer:innen und ihrer Integration aktiv.

Spendenstichwort: medico international



Foto: Roland Gelsheimer / attenzione

Sie dürfen die Ukraine Richtung Polen verlassen.

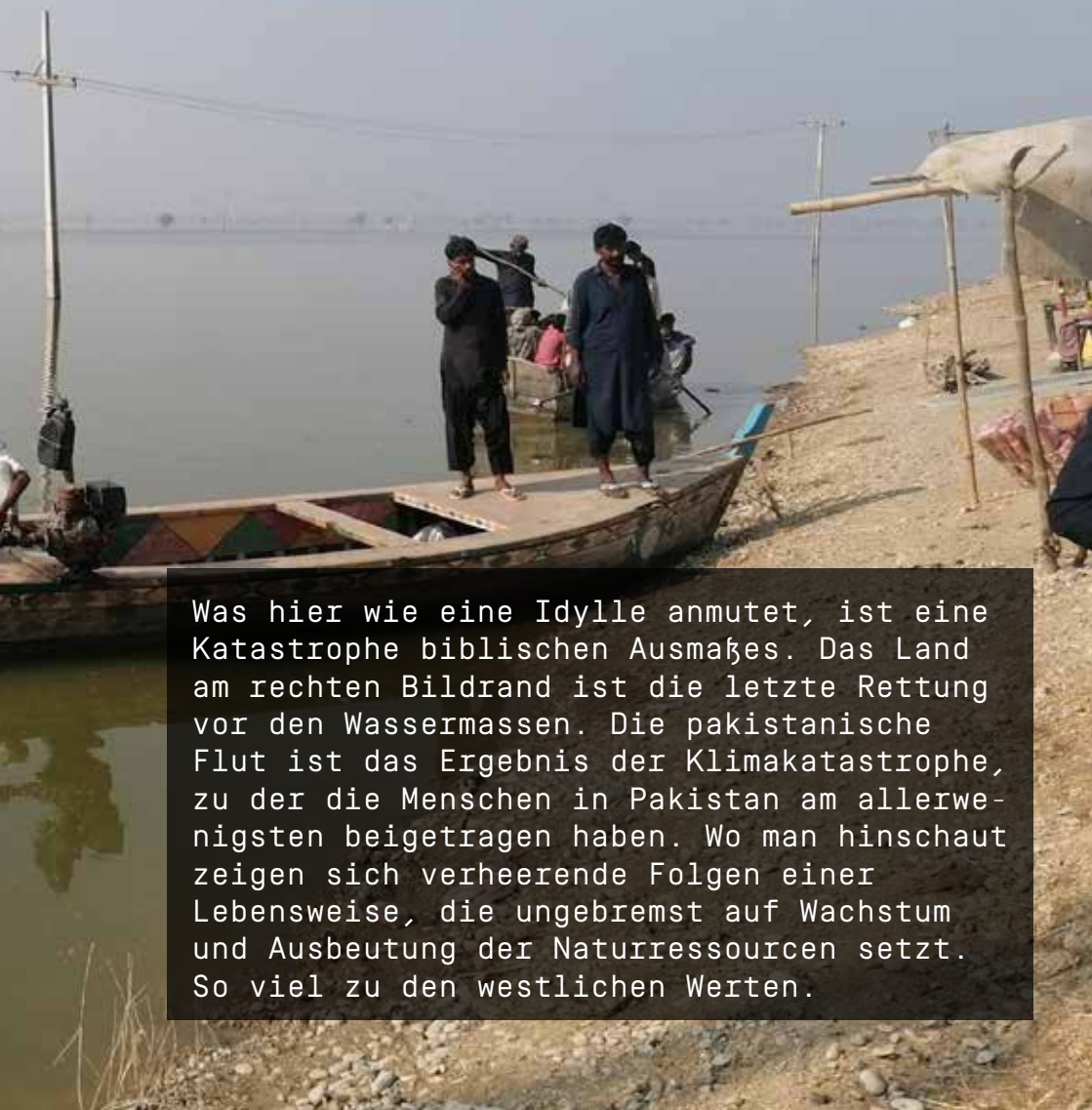
Crisis? What

Kehrseite der Moral: Klima



at Crisis?

, Rojava, Haiti...



Was hier wie eine Idylle anmutet, ist eine Katastrophe biblischen Ausmaßes. Das Land am rechten Bildrand ist die letzte Rettung vor den Wassermassen. Die pakistanische Flut ist das Ergebnis der Klimakatastrophe, zu der die Menschen in Pakistan am allerwenigsten beigetragen haben. Wo man hinschaut zeigen sich verheerende Folgen einer Lebensweise, die ungebremst auf Wachstum und Ausbeutung der Naturressourcen setzt. So viel zu den westlichen Werten.

Alle reden übers Wetter

Klimagerechtigkeit? Was uns die gerade zu Ende gegangene Weltklimakonferenz lehrt

Von Thomas Rudhof-Seibert

Wenn 20.000 Menschen, Staatschefs, Bürokrat:innen, Wissenschaftler:innen, Journalist:innen, NGO-Vertreter:innen, zwei Wochen lang zusammenkommen, um sich zur Lage der Welt auszutauschen, darf man doch erwarten, dass dieser ungeheure Aufwand uns dem Ziel irgendwie näherbringt, die drohende Verwüstung des Planeten abzuwenden. Man darf erwarten, dass die Versammelten Löcher in den Raum bohren, in denen die Gerechtigkeit Platz finden kann.

Was aber heißt Gerechtigkeit? Und wer schuldet wem eigentlich was? Seit über zehn Jahren versuchen Bewegungen von Bauern und Bäuerinnen, Indigenen, von Klimagerechtigkeitsaktivist:innen und NGOs den Globalen Norden zur Wiedergutmachung von Klimaschäden zu verpflichten – für Schäden, die bereits geschehen sind, die gerade geschehen und die unabwendbar geschehen werden. Nach über zehn Jahren aktivistischer Beharrlichkeit von unten, unzähligen wissenschaftlichen Mahnungen vor eben diesen drohenden Klimakatastrophen, konnten Europa und die USA die Debatte um Klimagerechtigkeit und loss & damage nicht mehr länger totscheiden. Alle haben darüber gesprochen, haben darüber reden müssen. Verständigt aber hat man sich nicht. Der Weltklimagipfel von Sharm el-Sheik hat

uns dem, was zu tun nötig wäre, um keinen Zentimeter näher gebracht.

Entwicklungspolitische Erfolge?

Völlig unerfindlich deshalb auch, wie die deutsche Umweltministerin dazu kommt, sich immerhin über „entwicklungspolitische“ Erfolge freuen zu dürfen. Sie meint damit einerseits die in Aussicht gestellten Einzelverabredungen einzelner Verursacherländer mit jeweils einzelnen der demnächst verwüsteten Länder. Solche Einzelverabredungen werden nie auf Augenhöhe getroffen und finden, das lehren die letzten dreißig Jahre zur Genüge, niemals eine wirklich angemessene Lösung. Daneben meint sie vermutlich den sogenannten Entschädigungsfonds, aus dem Ländern wie Pakistan oder Somalia „Ausgleichszahlungen“ nicht nur für die erlittenen, sondern auch für die kommenden Verheerungen erhalten sollen.

Versank Pakistans südliche Hälfte im August nahezu vollständig in den Fluten, wird sich das in den nächsten Jahren, das eben meint der schönrednerische Begriff des „Klimawandels“, nicht nur einmal, sondern mehrfach wiederholen, in immer kürzeren Abständen. Vom Verdörren Somalias unter wochenlanger Gluthitze ist dasselbe zu sagen: Auch das wird von jetzt

an nicht mehr aufhören, sondern auf Dauer genau so weitergehen, bis zum letzten Rinderkadaver, den die sengende Sonne irgendwo Staub werden lässt.

Der trotzdem allseits begrüßte Fonds – irgendwas muss man ja begrüßen! – ist dabei nur erst als solcher beschlossen: Verpflichtet hat sich die famose „internationale Gemeinschaft“ de facto und in concreto bis jetzt zu überhaupt gar nichts. Mehr noch: Die Industrieländer haben eine zentrale Forderung aus dem globalen Süden rhetorisch aufgegriffen, aber gleichzeitig neutralisiert. Auch der deutschen Umweltministerin fiel gar nichts anderes als eine Ermahnung Chinas ein: ganz so, als ob Deutschland nur ein unbeteiligter Schiedsrichter und nicht einer der Hauptverantwortlichen des Unheils wäre, das anderswo Millionen jede Lebensperspektive raubt.

Reparationen

Damit ist der eigentliche Skandal noch gar nicht angesprochen, der Umstand, dass die Ausgleichszahlungen, wenn es überhaupt zu ihnen kommen wird, freiwillig geleistet werden sollen, von denen, die aktuell keine Macht der Welt zu Zugeständnissen nötigen kann. Von ihnen hat sich deshalb auch nur eine ehrenwerte, doch letztlich irrelevante Minderheit – etwa die Region der Wallonie in Belgien oder Schottland – zu konkreten Zusagen bereit erklärt: Rechnet man das guten Willens hoch, kommen ein paar Millionen zusammen, wo viele Milliarden gebraucht werden. Doch bleibt selbst dieses Ungenügen ein freiwilliges, politisch gesehen also eine gerade eben milde Gabe vom Tisch der Herr:innen des Weltgeschehens an die, die unter ihm zu leiden haben. Dabei ginge es gerade umgekehrt um die Anerkennung von Rechtsansprüchen, bedingungslos basiert sowohl im eindeutig zu bestimmenden Verursa-

cherprinzip wie politisch und juristisch allgemein im Menschenrecht.

Klagen um Entschädigung sind heute schon gefürchtet, sie könnten auch beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht werden. Allerdings: Nicht jede:r hat Zugang zu solchen Verfahren, die langwierig sein werden, im Ausgang also über Jahre, vielleicht Jahrzehnte offen bleiben und im Fall eines abschlägigen Urteils politisch katastrophal sein können. Zumal mit einem positiven Urteil nicht im Ansatz geklärt sein wird, wer im Einzelfall wie im Ganzen haftbar ist und wer umgekehrt von wem wann wie viel erhalten kann. Das spricht nicht gegen die Eröffnung solcher Verfahren – wenn man sie nicht bloß juristisch, sondern in erster Linie politisch angeht. Politisch aber heißt: als Zug in einem Kampf, der die Welt teilen wird in die, die zugleich um ihr Recht wie um ihr Überleben streiten, und die, die einfach weitermachen wollen, weil sie dazu die Macht haben.

Was an der Zeit wäre

Das ruft die Zeit ins Gedächtnis zurück, in der die einstmals kolonisierten Länder ihre Kolonialherr:innen einen nach dem anderen aus jeweils ihrem Land treiben mussten, weil sie von sich aus nicht gehen wollten und von sich aus auch nie gegangen wären. Heute richtet sich ein solcher Kampf noch immer gegen dieselben Mächte, könnte aber nicht mehr von Land zu Land, sondern müsste weltweit gemeinsam geführt werden. Diese Einsicht ist denn auch das einzig interessante Resultat, das in Sharm el-Sheik erreicht wurde: die Einsicht, dass die vorherrschenden Mächte dieser Welt nicht die geringste Bereitschaft zeigen, von der Verwüstung dieser Welt abzulassen, dass man sie dazu also wird zwingen müssen. Besonders dann, wenn man zugleich anerkennt, dass rechtsbasierte und deshalb bedingungslos zu

leistende Reparationen für erlittene und zu erwartende Schäden ja eigentlich nur der zweite Schritt sein können.

Der Schritt, der nach dem ersten zu gehen wäre, dem Schritt heraus aus einer globalen Produktions- und Lebensweise, die für die Mehrzahl der Menschen nur noch Katastrophe auf Katastrophe häuft. Dass dem so und nicht anders ist, erklärt auch die maßlose Wut, mit der hierzulande gegen Klimaaktivist:innen vorgegangen wird, die sich Unheil wie Unrecht

ja nur symbolisch in den Weg stellen. Der bayerische Staat kann es wagen, fünfzehn von ihnen gerade dreißig Tage lang „präventiv“ ins Gefängnis zu sperren, weil sie, wie der Chef seiner Staatskanzlei unverblümt erklärt, Straftaten begehen könnten. „Eine wehrhafte Demokratie“, so ließ er verlauten, „lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen.“ Bleibt der Welt selbst nur die Folgerung, sich von solcher Politik und ihren Täter:innen nicht länger auf ihrer Nase herumtanzen zu lassen. Das immerhin lehrt Sharm el-Sheik.



Thomas Rudhof-Seibert ist in der Öffentlichkeitsarbeit von medico zuständig für Südasien. Eigentlich wollte er längst wieder in Pakistan sein, um vor Ort mit den Partner:innen nächste Schritte zu besprechen. Visa-Fragen verhinderten das, vorläufig.

Unterstützen Sie die Nothilfe unserer Partnerorganisationen in Pakistan. Sie versorgen Menschen, die in den ungeheuren Fluten alles verloren haben, mit Lebensmitteln, Hygienematerial, Zeltplanen und Moskitonetzen.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit



#9: PAKISTAN – EIN LAND VER-SCHWINDET WARUM LÖSEN SELBST EXTREME KATASTROPHEN WIE DIE FLUT IN PAKISTAN HIERZULANDE SO WENIG AUS – BERICHTERSTATTUNG, HILFSBEREITSCHAFT, SOLIDARITÄT? WAS IST DA LOS? UND LASSEN SICH AUFMERKSAMKEIT UND GERECHTIGKEIT – WIE AUF DER WELTKLIMAKONFERENZ GEFORDERT – EINKLAGEN? ZU HÖREN AUF SPOTIFY, ITUNES UND ÜBERALL, WO ES PODCASTS GIBT.

WWW.MEDICO.DE/PODCAST

Seuche der Armut

Die weltweiten Cholera-Ausbrüche sind Ausdruck der globalen Krisen und gesellschaftlichen Ungleichheiten

Von Andreas Wulf

Anfang November vermeldete die Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass es so viele Ausbrüche von Cholera gibt wie seit Jahren nicht mehr. 29 Länder seien betroffen. Angesichts akuter Engpässe riet sie, den knappen Cholera-Impfstoff – anders als für eine längere Schutzwirkung empfohlen – fortan nur noch als Einmaldosen zu geben, damit mehr Krisenherde beliefert werden können. Die Eindämmung der lokalen Ausbrüche wird dadurch auf längere Sicht allerdings erheblich erschwert.

Krisen- und Infektionsherde

Die an sich nachvollziehbare Empfehlung der WHO zeigt, wie unzureichend reine Kriseninterventionen bei der Cholera sind. Das Zusammenspiel eines altbekannten, vor allem durch Trinkwasser übertragenen Erregers mit infrastrukturellen Defiziten wie dem unzureichenden Zugang von Menschen zu sauberem Wasser und sanitärer Entsorgung, mangelnden Möglichkeiten guter Hygiene sowie das Fehlen rascher medizinischer Versorgung im Krankheitsfall bieten ideale Voraussetzungen für die Ausbreitung. Deshalb sind überfüllte Flüchtlingslager und Armutsviertel sowie Krisen-, Konflikt- und Kriegsgebiete am häufigsten und stärksten betroffen. Cholera ist die Krankheit akuter und struktureller Krisen schlechthin. Und sie hat politische Ursachen.

In Nordsyrien hat die Türkei aus machtpolitischen Gründen einen massiven Wassermangel in den selbstverwalteten Gebieten erzeugt und damit wesentlich zum Ausbruch der Cholera beigetragen. Im Norden des Libanons wiederum sind die ersten Fälle zunächst bei syrischen Flüchtlingen aufgetreten, die seit Jahren in elenden Notunterkünften ausharren müssen. Inzwischen verbreiten sich die Erreger angesichts der desolaten Lage der öffentlichen Versorgungssysteme auch in den Armenvierteln der libanesischen Städte. Die dramatische ökonomische und politische Krise des Landes, in der inzwischen selbst die private Gesundheitsinfrastruktur ihren endgültigen Bankrott erklären musste, ist die zugrunde liegende Ursache der Ausbreitung. Einige der letzten großen Ausbrüche haben sich in ähn-

Insofern ist jeder Cholera-Todesfall Folge eines politischen Versagens.

lich schweren humanitären Krisensituationen entwickelt. So war es 2010/11 nach dem Erdbeben in Haiti, so war es 2016/17 im Krieg in Jemen. Aktuell erhöhen klimabedingte Krisen wie bei den Überschwemmungen in Pakistan

und der Dürre in Ostafrika unmittelbar die Gefahr für Cholera-Ausbrüche.

All das wiegt umso schwerer, weil die Krankheit rein medizinisch ihren Schrecken verloren hat. Sind Prävention und rasche Therapie durch Elektrolyt-Lösungen, Infusionen und einfache Antibiotika verfügbar, lässt sich die Sterblichkeit dramatisch senken. Insofern ist, wie auch WHO-Chef Dr. Tedros immer wieder beklagt, jeder Cholera-Todesfall Folge eines politischen Versagens. Die immer neuen Ausbrüche verweisen auf strukturell ungleiche Lebensbedingungen. Das war schon so, als die Cholera erstmals auf der globalen Weltkarte erschienen ist.

Rückblick: Globalisierung als Treiber

Cholera ist die große Seuche der Globalisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts. Mit britischen Handelsschiffen und Kolonialarmeen verbreitete sie sich in mehreren Wellen vom indischen Subkontinent aus in die wachsenden Städte Europas, Asiens und Amerikas. Zu Beginn der 1830er-Jahre tauchte sie das erste Mal in London und Paris auf, 1832 in Hamburg, dem „deutschen Tor zur Welt“. In den 1850er-Jahren konnte der Arzt John Snow in London die Übertragung der Krankheit durch verschmutztes Trinkwasser eindeutig nachweisen. Das setzte dort und anderswo eine umfassende „Sanierung der Städte“ in Gang: Sauberes Trinkwasser, Nahrungsmittelhygiene, Abfall- und Abwasserentsorgung, Verbesserung der Wohnmöglichkeiten der Arbeiter:innen und Armen und staatliche Interventionen im Krisenfall wie Quarantäne, Desinfektionen und Notlazarette – all das wurde Teil der öffentlichen Verantwortung.

Allerdings war die Realisierung solcher „Public Health“-Maßnahmen keineswegs ein Selbstläufer. Vielerorts mussten sie gegen den massiven

Widerstand der lokalen Eliten durchgesetzt werden, sei es in London, Paris oder Hamburg. Schließlich waren diese in ihren weiträumigen Stadtvillen oder ländlichen Sommerresidenzen selbst am wenigsten betroffen. Und die Hamburger „Bürgerschaft“, die damals noch von weniger als zehn Prozent der Hamburger:innen gewählt werden konnte, denn das Bürgerrecht – und damit das Wahlrecht – kostete viel Geld, investierte die Gewinne aus dem Überseehandel lieber in ihren florentinisch inspirierten Rathauspalast als in Trinkwasserfiltrieranlagen. Solche Anlagen sorgten hingegen im benachbarten Altona, das damals zum dänischen Königreich gehörte, für sauberes Wasser. Entsprechend waren dort weit weniger Cholera-Kranke und -Tote zu beklagen.

In nahezu jedem Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gab es in Hamburg mindestens einen größeren Ausbruch. Besonders ausgedehnt und tödlich war der im heißen Herbst des Jahres 1892 im berühmten Gängeviertel der Hafenarbeiter:innen und ihrer Familien, wo sich der Erreger in den engen Gassen und überfüllten Quartieren besonders gut ausbreiten konnte. Die menschlichen „Kosten“ dieser unsozialen „Laissez-faire“-Politik der Hamburger Eliten betrugen damals über 8.000 Menschenleben. Doch auch das brauchte noch keine Veränderungen. Erst ein massiver Hafenarbeiterstreik 1896/97 sorgte für entscheidende Fortschritte bei der Sanierung der innerstädtischen Slums. Denn hier gesellte sich zum hygienischen Argument auch das politische, mit der Verbesserung der proletarischen Lebensbedingungen sollte zugleich eine „Brutstätte des Kommunismus“ trockengelegt werden.

Von Anfang an war also eine frühzeitige und vorbeugende Bekämpfung der Cholera von ökonomischen Interessen und Klassenlagen abhängig. Auch heute entscheiden weitgehend die Lebensbedingungen darüber, wer von

der Seuche betroffen ist und wie schwer sie verläuft. Mangel- und Unterernährung erhöhen wesentlich die Sterblichkeitsrisiken besonders für kleine Kinder. Die unzureichende Versorgung mit Wasser, Hygiene, sanitärer und gesundheitlicher Infrastruktur in Armenvierteln und Flüchtlingslagern machen deren Bewohner:innen zu den Hauptbetroffenen. Cholera war und ist die Krankheit der Armen und Ausgeschlossenen. Insofern erinnert jeder neuerliche Ausbruch an die zentrale Botschaft der alten wie der neuen „Public Health“: Gesundheit ist eine politische Entscheidung. Ob sauberes Trinkwasser oder eine funktionierende Abwasserentsorgung – solche „soziale Determinanten der Gesundheit“ sind wesentliche soziale Rechte, deren Verwirklichung vielerorts aus- und ansteht.

Gesunde Infrastrukturen in öffentlicher Verantwortung

Die hierfür notwendigen Investitionen müssen über das Krisenmanagement bei akuten Ausbrüchen hinausgehen. Sie können auch nicht auf das Modell traditioneller „Entwicklungshilfe“ reduziert werden. Vielmehr brauchen alle Staaten einen ausreichenden „fiskalischen Raum“, um die notwendige Infrastruktur dauerhaft sicherstellen zu können. Deswegen sind Verhandlungen über Schuldenerlasse und eine strengere Regulierung transnationaler Konzerne, damit deren Profite auch dort besteuert werden können, wo sie erwirtschaftet werden, unerlässlich.

Auch die anfangs erwähnte aktuelle Knappheit bei Cholera-Impfstoffen hat wieder einmal politische Ursachen. Laut WHO arbeiten die Hersteller „am Anschlag“. Zugleich droht einer von nur zwei Produzenten der für Notfälle zugelassenen Impfstoffe die Produktion zum Jahresende zu beenden. Die Rendite sei zu ge-

ring. Dem WHO-Direktor bleibt nichts anderes übrig als zu betteln, das Unternehmen möge die Produktion fortsetzen. Das Dilemma einer Strategie, die sich selbst bei der Produktion essenzieller Gesundheitsgüter auf privatwirtschaftliche Akteure verlässt, wird hier ebenso deutlich wie schon in der Corona-Pandemie. Die politische Konsequenz hieraus: Öffentliche Güter müssen in öffentlicher Verantwortung liegen. Wer erinnert sich noch an die Kampagnen gegen die Privatisierung der städtischen Wasserunternehmen Anfang der 2000er-Jahre? Aktuell stehen die Vergesellschaftung von Wohnraum und Energieversorgung in der öffentlichen Debatte. Eine solche Vergesellschaftung ist gerade auch für essenzielle Gesundheitsgüter unerlässlich, damit nicht noch mehr Menschen aus politischen Gründen an heilbaren Krankheiten sterben.



Andreas Wulf ist Arzt und seit 1998 bei medico international. Er ist Berlin-Repräsentant und arbeitet zu Themen globaler Gesundheit.

Ob in Syrien oder Haiti oder Ostafrika: Die dortigen Cholera-Ausbrüche sind alles andere als Zufall. Armut macht krank – so einer der Leitsätze der medico-Arbeit –, politische Instabilität und zerstörte gesundheitliche Infrastrukturen tragen ihren Teil dazu bei. An der Seite unserer Partnerorganisationen engagieren wir uns daher gegen krank machende Verhältnisse und für die Schaffung gesunder Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für alle.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Fernver- waltung einer No-go- Zone



Foto: REUTERS / Ricardo Arduengo

Was hat er noch zu erwarten vom Rest der Welt?

Haiti steht paradigmatisch für das Scheitern globaler Governance unter westlicher Hegemonie

Von Katja Maurer

Das ist eine Nachricht: Es gibt den Weltsicherheitsrat noch und er kann sich einigen. Die Probe Bühne, auf der die Einigung inszeniert wird, ist das arme Haiti, dem alle ja nur Gutes tun wollen.

Im Oktober 2022 tagte der Weltsicherheitsrat zur Lage in Haiti. Ausgangspunkt waren unter anderem die aktuellen Warnmeldungen des Welternährungsprogramms, das von 4,7 Millionen Menschen in Haiti berichtete, die von akutem Hunger bedroht sind, darunter 19.000 Menschen in der Hauptstadt Port-au-Prince, die in der höchsten Katastrophenstufe leben, also bereits lebensgefährlichem Hunger ausgesetzt sind. Das ist zum ersten Mal in Haiti der Fall. Und nicht nur das: Millionen von Kinder gehen seit Monaten nicht in die Schule, weil die Gewalt in den Straßen der Hauptstadt ein solches Ausmaß angenommen hat, dass die Eltern sie nicht mehr aus dem Haus lassen. Krankenhäuser und Gesundheitsstationen sind geschlossen, weil sie keinen Strom mehr haben. Die Cholera breitet sich im ganzen Land aus und ist zu einer lebensbedrohlichen Gefahr geworden, weil es an Gesundheitsversorgung mangelt. Die beiden privatisierten Häfen in der Hauptstadt, über die das Erdöl in das Land geliefert wird, standen über Monate unter der Kontrolle von bewaffneten Gruppen, die den Import verhinderten. Jetzt ist zwar einer der Häfen wieder frei, aber Benzin wird trotzdem nicht in großem Maßstab transportiert, weil

man jederzeit überfallen werden könnte. Zuletzt mussten 100.000 Menschen das Elendsviertel Cité Soleil verlassen, weil bewaffnete Gruppen mit unvorstellbarer Grausamkeit, darunter Massenvergewaltigungen von Frauen und planmäßige Zerstörung von Hütten durch Bulldozer, ihre Flucht erzwangen. Die Hauptstadt steht weitestgehend unter ihrer Kontrolle. Das wichtigste Gericht des Landes ist seit Monaten von Gangs besetzt, die die Akten über Strafverfahren unter ihre Kontrolle gebracht und zerstört haben. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze schreibt in seinem Chartbook: „Haiti ist 2022 das vielleicht drängendste Beispiel einer Polykrise, die über die Welt hinwegfegt.“

Welttheater im Weltsicherheitsrat

Die Tagung des Weltsicherheitsrates wurde mit einer Rede von Generalsekretär Guterres eingeleitet, der einen Militäreinsatz in Haiti forderte. Allerdings war er nicht bereit, dafür noch einmal UNO-Truppen zur Verfügung zu stellen. Guterres machte sich damit zum Fürsprecher des haitianischen Regierungschefs Ariel Henry, der im Vorfeld der Sitzung einen ausländischen Militäreinsatz forderte. Henry wiederum besitzt zwar die Unterstützung durch die UNO, die USA und die anderen westlichen Staaten, die in der internationalen CORE Group sitzen und Haiti seit dem verheerenden

Erdbeben 2010 quasi von außen verwalten, aber keinerlei Legitimation im Land selbst. Menschenrechtsorganisationen aus Haiti, darunter das Menschenrechtsnetzwerk RNDDH (Réseau National de Défense des Droits Humains), haben ausführliche Berichte über die nach wie vor nicht aufgeklärte Ermordung des Präsidenten Jovenel Moïse im Juli 2021 vorgelegt. Danach stand der jetzige Regierungschef mit den wahrscheinlichen Auftraggebern in der Mordnacht in ausführlichem Kontakt. Eine UNO und ein Weltsicherheitsrat, die die entgrenzte Gewalt in Haiti debattieren, ohne über deren Hintermänner zu sprechen, will und kann das Problem nicht wirklich aus der Welt schaffen. Bei der Debatte um Haiti hat sich im Weltsicherheitsrat ein Welttheater abgespielt, das viel mehr erzählt als nur die haitianische Katastrophe. Während die westlichen Mitglieder einer Militärintervention in Haiti das Wort redeten und die Gangs zur Ursache des Problems erklärten, wandten sich Russland und China gegen eine solche Vereinfachung. Der russische Vertreter fragte, ob es nicht klug wäre, erst einmal den Mord an Präsident Moïse aufzuklären und dann erst zielgerichtet und möglicherweise auch militärisch einzugreifen. Dafür bot er die Unterstützung durch russische Söldner der berüchtigten Wagner-Truppe an. Der chinesische Vertreter wies darauf hin, dass ein Militäreinsatz von außen die Gewalt möglicherweise noch weiter anheizen werde, statt sie zu beenden. Auf den parallel stattfindenden Demonstrationen gegen eine internationale Intervention in Port-au-Prince wehten deshalb auf einmal russische und chinesische Fahnen.

Das Humanitäre als Legitimation

Das Dilemma des Westens, der eigentlich Haiti aufgegeben hat, besteht in Haiti darin, dass man angesichts der offenkundigen humanitä-

ren Katastrophe und einer sich ankündigenden massiven Hungersnot intervenieren muss. Auf diese Weise lässt sich zugleich die immer wieder humanitär begründete Interventionsmacht der UNO unter westlicher Hegemonie aufrecht erhalten. Die moralische Begründung des Humanitären ist für diese nun durch den Ukraine-Krieg auf dem Spiel stehende globale Governance, die über die UNO wesentlich gesteuert wird, tatsächlich von Bedeutung und nicht nur Schmuck, um eigene Interessen zu verbergen. Handlungsfähigkeit im Humanitären ist die Legitimation für einen westlichen Führungsanspruch. Sie kann man nicht einfach aufgeben.

Gleichzeitig ist das Feld des Humanitären voll von Doppelmoral. Nirgendwo ist das besser zu besichtigen als in Haiti. Seit der Westen 2004 unter US-amerikanischer und französischer Führung den Präsidenten Aristide stürzte, der bereits mit bewaffneten Gangs aus Cité Soleil arbeitete, und danach UNO-Truppen 17 Jahre im Land stationierte, scheiterte er zugleich an eigenem Überlegenheitsdenken, neoliberalen Marktglauben und der Idee einer repräsentativen Demokratie, die nur eine leere Hülle ist, wenn Präsidenten mit 15 Prozent der Wählerstimmen, wie in Haiti der Fall, gewählt werden. An dieser Stelle wurde mehrfach dazu berichtet. Als die UNO begann Haiti zu kontrollieren, gab es zwei bewaffnete Gangs. Heute sind es mindestens 200.

Schlussendlich einigte man sich im Sicherheitsrat der UNO im Oktober auf eine Haiti-Resolution. Jetzt gibt es Sanktionen und einen internationalen Haftbefehl gegen einen der führenden Warlords, Jimmy Barbecue Cherizier. Cherizier ist ein ehemaliger Polizist, der eng mit dem ermordeten Präsidenten verknüpft war und eine revolutionäre Rhetorik pflegt. Dass die sogenannte Weltgemeinschaft Sanktionen gegen einen der Warlords be-

schließt, ist Ausdruck vollendeter Ohnmacht. Eine solche punktuelle Intervention ist jedoch durch die Resolution abgesichert, zum Beispiel um humanitäre Transporte zu sichern. Aber wer will schon in Haiti „boots on the ground“ haben? Unter kanadischer Führung soll nun trotzdem eine Militäraktion stattfinden. Über deren Erfolgsaussichten macht sich allerdings niemand Illusionen. Selbst wenn es gelingen sollte, in Teilen der Hauptstadt die bewaffneten Gruppen zurückzudrängen und so irgendeine Art von haitianischer Normalität wiederherzustellen, wird das Problem erneut auftauchen, sobald die internationalen Truppen weg sind. Die politischen Hintermänner der Gangs zählen zu den wichtigsten Kontakten der westlichen Botschaften.

Gespaltene Zivilgesellschaft

In Haiti selbst, das über eine traditionsreiche und vielfältige, wenn auch im Laufe der vielen Niederlagen geschwächte Zivilgesellschaft verfügt, zeichnet sich keine Alternative ab. Lange Zeit schien der nach der Moïse-Ermordung gegründete Montana-Accord eine Chance zu sein. Hier sammelten sich über 300 Vertreter:innen von Menschenrechts- und Frauenorganisationen sowie von politischen Parteien, um einen detaillierten Plan für eine technokratische Übergangsregierung, die legitime Wahlen organisieren sollte, zu erarbeiten. Sie verlangten die Absetzung des derzeitigen Premiers aufgrund der Verwicklungen in die Ermordung von Moïse und als Repräsentant der Regierungspartei PHNTK, die Haiti seit 2011 ins Desaster geführt hat. Doch UNO und USA übten Druck auf den Montana-Accord aus, sich mit Henry zu einigen, was letztlich zur Spaltung des Accord führte.

So also sieht die „Fernverwaltung von No-go-Zonen“ aus, von der Philosoph Achille Mbembe

in Bezug auf Regionen spricht, die im Sinne des globalen Kapitalismus Ausdruck reiner Dysfunktionalität sind. Der neokolonialen Verwaltung Haitis in den Abgrund hinein steht derzeit nur eins entgegen: Im Zuge der post- und dekolonialen Debatten wird die haitianische Revolution und ihre globale Bedeutung für die Moderne gerade wieder entdeckt. Und die Abhängigkeitsstrukturen, die mit der Unabhängigkeit durch Verschuldung geschaffen wurden, wurden unter anderem in einer sechsteiligen New-York-Times-Serie detailliert untersucht. Für die Aufarbeitung der Geschichte von Emanzipation, die sich postkolonial schreiben muss, ist das von zentraler Bedeutung. Den Haitianer:innen, die aktuell einer anhaltenden und eskalierenden Krise ausgesetzt sind, hilft das allerdings wenig.

Die medico-Partner:innen in Haiti arbeiten bereits seit Jahren unter extremen Bedingungen unausgesetzt weiter. Pierre Espérance, der Direktor des Menschenrechtsnetzwerkes RNDDH, erhält beispielsweise regelmäßig Todesdrohungen und geht trotzdem täglich ins Büro. Die Kolleg:innen der Flüchtlingsorganisation GARR beteiligten sich u.a. an der Versorgung der 19.000 Haitianer:innen, die vergangenes Jahr aus den USA nach Haiti abgeschoben wurden. Alles Akte der Selbstbehauptung.

Spendenstichwort: Haiti

Hybrider Krieg

Die Zukunft von Rojava ist ungewisser denn je. Die Türkei schickt Drohnen und verschärft die Dürre. Nun breitet sich auch noch Cholera aus

Von Anita Starosta

Egid Ibrahim von der medico-Partnerorganisation Right Defense Initiative (RDI) aus Qamişlo ist nur via Zoom zur Konferenz „10 Jahre Rojava“ im medico-Haus zugeschaltet. Seit Monaten verweigert ihm die syrische Botschaft im Irak die Ausstellung eines ordentlichen Passes, den er zur Visumsbeantragung für die Einreise nach Deutschland benötigt. Ein riesiges Problem für den Syrer, denn die internationale Vernetzung ist zentral für die Arbeit seiner Organisation, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Auf der Konferenz spricht Ibrahim engagiert und sehr präzise zu Verletzungen von Völker- und Menschenrecht in Nordostsyrien und sucht über den Bildschirm Kontakt zu den anderen Podiumsteilnehmer:innen und Expert:innen im Publikum, so gut es eben geht.

Während der Konferenz war noch nicht abzusehen, dass es in Syrien bald danach zu einem Ausbruch der Cholera kommen würde. Inzwischen sind Zehntausende infiziert. Wenn man die Diskussion des Panels „Klimawandel & Wasser als Kriegsmittel“ mitverfolgt hat, wundert das jedoch kaum. Ibrahim berichtete über die Verletzung des Rechtes auf Zugang zu sauberem Wasser in der Region. Das hatte er zuvor auch schon vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf getan. Auch dort war er online zugeschaltet. Für einen Bericht für die UN hat die Menschenrechtsorganisation die Wasserkrise in Nordostsyrien dokumentiert und Ursachen zu-

sammengetragen. RDI kommt darin zu dem Ergebnis, dass das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser (UN-Menschenrechtsabkommen, Resolution 64/292) in Nordostsyrien systematisch verletzt wird – hauptsächlich durch die Wasserpolitik der Türkei.

Die Region wird ohnehin seit Jahren von einer Dürre geplagt. Der Klimawandel führt zu langen Trockenperioden und ausbleibendem Regen. In der einstigen Kornkammer Syriens fällt es daher zunehmend schwerer, Felder ausreichend zu bewässern und Landwirtschaft zu betreiben. Landwirte sind immer stärker auf externe Wasserquellen angewiesen. Nun kommt hinzu, dass die türkische Regierung das Wasser als Druckmittel in einem Krieg niedriger Intensität gegen die autonome Selbstverwaltung Nordostsyrien einsetzt. Über Staudämme reguliert sie den Euphrat, der mit dem Tigris das sogenannte Zweistromland Mesopotamien bewässert.

Zerstörte Ernten, steigende Infektionszahlen

Der Atatürk-Staudamm in der Türkei muss laut einem 1987 geschlossenen Abkommen eigentlich mindestens 500 Kubikmeter Wasser pro Sekunde nach Syrien durchlassen. Tatsächlich wird diese Menge seit 2017 sukzessive weniger.

Der Pegel des größten Stausees Syriens an der Tabqa-Talsperre ist in den vergangenen zwei Jahren um sechs Meter gesunken. Durch die Talsperre werden die Felder entlang des Euphrat bewässert und ein Wasserkraftwerk erzeugt Strom für die Hunderttausenden. Die Folgen für die Region sind daher verheerend: Bauern haben nicht ausreichend Wasser, um ihre Felder zu bewässern, Brunnen trocknen aus, es kommt zu Stromausfällen, auf stehenden Wasserflächen vermehren sich Mücken, Krankheiten breiten sich aus. Vor allem aber mangelt es vielerorts, besonders in den Camps für Geflüchtete, an Trinkwasser.

Der Mangel ist auch Folge der völkerrechtswidrigen Invasionen der türkischen Armee in der Region. Durch sie besetzen türkeinahe islamistische Milizen wichtige Teile der lokalen Wasserinfrastruktur. So ist das Alouk-Wasserwerk bei Serê Kaniyê seit Herbst 2019 unter ihrer Kontrolle. Über das Werk werden eigentlich über 500.000 Menschen in der Region Hasakeh versorgt. Seit es nicht mehr von der Selbstverwaltung betrieben wird, kommt es regelmäßig zu Ausfällen, manchmal für Tage, manchmal für ganze Wochen. Damit wird der Bevölkerung vor Ort das Trinkwasser entzogen. Sie muss improvisieren und sich notgedrungen andere Wasserquellen suchen.

Auch der Fluss Khabur, der durch Hasakeh führt, wird seit 2019 von den Milizen immer wieder mit Dämmen blockiert. Und auch hier trocknet der Klimawandel den Fluss zusätzlich aus. Nordsyrien wird so auf Dauer unbewohnbar gemacht. Somit war es kein Wunder, dass Ende September im städtischen Krankenhaus in Hasakeh erste Cholera-Fälle auftauchten. Inzwischen hat sich der Erreger ausgebreitet, besonders in der Euphrat-Region sind die Infektionszahlen deutlich gestiegen. Trotz Maßnahmen zur Prävention und Eindämmung hat sich das Virus rasant vermehrt.

10 jahre rojava 10./11. konferenz september 2022



v.l.n.r.: Wilhelm Hensen, Ercan Ayboga, Sardar Saadi, Abdulkarim Omar, Kristin Helberg.

Am 10. und 11. September fand im medico-Haus die Konferenz „10 Jahre Rojava – Vom demokratischen Experiment zum Hoffnungsträger einer Region“ statt. Auf ihr haben Vertreter:innen aus Rojava, Wissenschaftler:innen, Expert:innen und Politiker:innen aus Deutschland die Entwicklung der Region beleuchtet und mögliche Perspektiven diskutiert – mit Beiträgen u.a. von Ilham Ahmed, Adulkarim Omar, Nilüfer Koc, Kristin Helberg, Thomas Schmidinger und Jan van Aken gesprochen.

Die Konferenz wurde auf Video aufgezeichnet und kann nachgeschaut werden unter www.medico.de/10-jahre-rojava.

Die Bedingungen, unter denen sich das demokratische Projekt Rojava zurzeit behaupten muss, sind schlechter denn je. Trotz all der Errungenschaften, die in den letzten Jahren das gesellschaftliche Leben grundlegend verändert haben, wurde unter den Diskutierenden auf der Konferenz deutlich: Ohne einen Kurswechsel internationaler Politik und einer praktischen Unterstützung der Initiativen vor Ort ist eine langfristige Perspektive für die Selbstverwaltung mittlerweile kaum vorstellbar. Neben der akuten Wasserkrise gibt es ein Bündel anderer Faktoren, die die Region belasten. Da sind die schlechte ökonomische Lage, die Versorgung Hunderttausender Geflüchteter, das Wiedererstarken des IS sowie der ungeklärte Umgang mit den IS-Gefangenen. Und da sind die permanenten Angriffe der Türkei, die den Alltag bestimmen und viele Entwicklungen verlangsamen oder aufhalten.

Auf dem Panel „Bedrohtes Rojava: Von Rüstungsexporten bis Drohnenkrieg“ führt Chloé Troadec, Mitgründerin vom Rojava Information Center, die hier weitestgehend unbekannte Strategie der Türkei, mit Drohnen gezielt militärisches Personal, Mitarbeiter:innen der Selbstverwaltung sowie Zivilist:innen zu töten, aus. Zum Zeitpunkt ihres Vortrages haben seit Beginn des Jahres 75 Drohnenangriffe stattge-

funden, durch die 101 Personen verletzt und 57 Personen getötet wurden (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren es bereits 88 Drohnenangriffe). Troadec bewertet diese Angriffe als extreme psychische Belastung für die Bevölkerung, die immer in der Angst leben müsse, selbst getroffen zu werden, wenn sie sich in der Nähe von militärischen Personen oder Vertreter:innen der Selbstverwaltung befindet.

Die gezielte Tötung von Personen aus den zivilen Bereichen der Selbstverwaltung und aus zivilgesellschaftlichen Initiativen zeigt deutlich, dass nicht nur militärische Ziele, sondern die gesamten gesellschaftlichen Entwicklungen angegriffen und zerstört werden sollen. Trauriger Beweis dafür ist die Tötung von Zeynep Sarokhan und Yilmaz Şero durch eine Drohne am 27. September. Die beiden hatten erst zwei Monate zuvor die Leitung der Verwaltungsabteilung für Justiz in Cizîrê übernommen und waren damit auch für Gefängnisse verantwortlich, in denen IS-Anhänger inhaftiert sind. medico waren die beiden aus verschiedenen Projektkontexten bekannt. Zeynep Sarokhan hatte sich jahrelang aktiv für die Umsetzung von Frauenrechten eingesetzt und spielte eine zentrale Rolle im Umgang mit Kindern von Jesidinnen, die von IS-Militanten missbraucht wurden. „Jetzt sind wir alle Ziele. Sie machen keinen Un-

Foto: REUTERS / Orhan Gherman



Der Euphrat führt immer weniger Wasser – mit verheerenden Konsequenzen für Nordsyrien.

terschied mehr“, schrieb ein Bekannter und enger Freund von Zeynep nach ihrem Tod entsetzt an medico.

Tägliche Drohnenangriffe, gezielte Tötungen

Möglich sind diese Angriffe sowie die Wasserpolitik Ankaras auch deshalb, weil sie international auf wenig Widerspruch stößt. Die akute Bedrohungslage wird kaum wahrgenommen, in den hiesigen Medien taucht sie allenfalls am Rande auf. Das hat sich schon in den vergangenen Jahren abgezeichnet. Im Schatten des Ukraine-Krieges aber lässt man dem NATO-Partner Türkei bei seinen Attacken auf die Selbstverwaltung nun vollends freie Hand. Dazu passt die weitgehende Abwesenheit deutscher und europäischer Politiker:innen und Regierungsvertreter:innen auf der Konferenz. Trotz zahlreicher Einladungen und Vorabgesprächen sind so gut wie keine politischen Entscheidungsträger:innen erschienen – exemplarisch für das Verhalten zur Region und der Rolle der Türkei.

Nach wie vor ist es vor allem das Fehlen eines offiziellen, internationalen Status, was die Entwicklung der Region hemmt. Zwar scheint eine formelle Anerkennung im aktuellen internationalen Recht bisweilen unmöglich [völkerrechtlich gehört die Selbstverwaltung zu Assads Syrien]. Doch eine De-facto-Anerkennung durch europäische Regierungen wäre ein machbarer und bedeutender Schritt. Ein solcher Status würde die autonome Selbstverwaltung in ihrer Handlungsfähigkeit stärken. Im Bereich der Gesundheitsversorgung würde er dem Kurdischen Roten Halbmond mehr internationale Kooperation ermöglichen und ihn in eine andere Position gegenüber Weltgesundheitsorganisation und UN bringen. Im Bildungsbereich – auch hier ist vor Ort vieles auf-

gebaut worden – könnten zum Beispiel Uniabschlüsse auch außerhalb von Rojava Anerkennung finden. Entsprechend wären Austausch und Weiterentwicklung der Curricula viel einfacher, wenn es für die Studierenden die Möglichkeit von Auslandsaufenthalten und Ähnlichem gäbe. Auch bei der Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen fehlen den lokalen Organisationen aufgrund des ungeklärten Status Zugänge zu Mechanismen, die internationale Strafprozesse anstoßen können.

Zehn Jahre Rojava, das bedeutet zehn Jahre Selbstbehauptung. Aber auch nach zehn Jahren wird das „demokratische Projekt Rojava“ mit immer neuen Angriffen und Belastungen konfrontiert, eine dringlicher als die andere. So schließt sich an die Corona-Pandemie, die die Region schwer getroffen hat, fast übergangslös die Cholera-Epidemie an. Pragmatismus als Überlebensmodus. So baut der Kurdische Rote Halbmond mit medico-Unterstützung aktuell Corona-Kliniken in Zentren zur Behandlung von Cholera-Patienten um.



Anita Starosta ist Referentin für Syrien, Türkei und Irak in der Öffentlichkeitsabteilung. Zuletzt besuchte sie die Region 2022 und sprach mit den Partnern über die Bedrohungslage. Drohnenangriffe fanden auch damals schon statt.

PS: Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses fliegt die türkische Luftwaffe Angriffe auf Rojava und den Nordirak. Zuvor haben sie sich das von der NATO und Russland genehmigen lassen. Unterdessen sind die medico-Partner:innen im Dauereinsatz, um die Trümmer der Kriegspolitik zu beseitigen.

Spendenstichwort: Rojava

Entrechtung auf Knopfdruck

Instrumentalisierungsverordnung heißt die neue Eskalationsstufe der europäischen Flüchtlingspolitik

Von Kerem Schamberger

Wir leben in einer Zeit, in der viele Demokratien auf die eine oder andere Art den Ausnahme- zum Normalzustand erklärt haben. Wann immer gewünscht, lassen sich die eigenen Gesetze so leicht umgehen. Die Europäische Union, darin durchaus Vorreiterin, will dem Trend nun noch eine „Instrumentalisierungsverordnung“ hinzufügen. Ein Begriffsungetüm, dessen Funktion es ist, die Abschottung an den EU-Außengrenzen rechtlich zu zementieren.

Die Verordnung ermöglicht es den Mitgliedsstaaten, Asylstandards zu senken oder gar nicht erst anzuwenden, wenn andere Staaten Geflüchtete als „politisches Druckmittel“ einsetzen – so zumindest die offizielle Erklärung. Zukünftig sollen EU-Länder selbst bestimmen können, wann sie das grundlegende Recht auf Asyl aussetzen. Die Anzahl offener Grenzübergänge soll reduziert und die Grenzüberwachung erhöht werden. Geflüchtete sollen über Wochen ohne Registrierung festgehalten und eingesperrt werden können. Die Gefahr von illegalen Pushbacks steigt damit. Auch die erlaubte Dauer der Verfahren, möglichst direkt an der Grenze, wird auf bis zu 20 Wochen erhöht. Abschiebungen werden erleichtert. Der Maßnahmenkatalog der Verordnung soll den

EU-Ländern immer zur Verfügung stehen. Sie selbst definieren also, wann eine „feindselige Handlung eines Drittlands“ vorliegt. Das Repertoire zur Missachtung fundamentaler Menschenrechte, die an den Grenzen schon jetzt eine immer geringere Rolle spielen, würde damit beträchtlich erhöht. Welche Bedeutung haben Rechte noch, wenn sie sich nach Belieben an- oder ausschalten lassen?

Die Verordnung soll eine Reaktion der EU auf Länder darstellen, die ihrer – von der EU zugewiesenen und finanzierten – Rolle als Türsteher Europas nicht mehr nachkommen und Lücken im externalisierten EU-Grenzregime aufbrechen (lassen). So wie im März 2020, als die Türkei infolge von Streitigkeiten mit Griechenland die Grenzkontrollen am Evros-Grenzfluss herunterfuhr und Schutzsuchenden damit die Möglichkeit gab, das Land, in dem sie seit Monaten und Jahren festgehalten wurden, zu verlassen. Griechenland reagierte im Namen der EU mit Brutalität: Tränengas, Wasserwerfer, Schusswaffen. Mindestens zwei Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. War die Empörung im Frühjahr 2016 noch groß, als die AfD forderte, auf Geflüchtete an Europas Grenzen zu schießen, lobte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von

der Leyen Griechenland damals als „Schild“ Europas – trotz Tausender Pushbacks, trotz Bruch des Völkerrechts, trotz der Todesopfer. Oder gerade deswegen?

Denn die EU hat selber einen großen Anteil daran, dass fliehende Menschen politisch strategisch hin- und hergeschoben werden können. Durch den EU-Türkei-Deal von März 2016 etwa hat das AKP-Regime bisher fast fünf Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen aus Brüssel erhalten, und das, obwohl die Kriegspolitik Erdogans in der Region selber Millionen von Menschen in die Flucht treibt. Ein perfides Geschäftsmodell. Schon der Begriff „Instrumentalisierung“ ist Teil eines Diskurses, in dem Migration als „hybride Waffe“ bezeichnet wird und der die Enthumanisierung von Schutzsuchenden vorantreibt. Geflüchtete werden darin zu einer namens-, gesichts- und willenslosen Manövrier-masse von Geopolitik erklärt, letztlich zu einer potenziellen Bedrohung, auf die dann vor allem sicherheitspolitisch reagiert werden muss. Hier ist eine gesellschaftliche Ordnung am Werk, die auf die verheerenden Folgen ihrer imperialen Produktions- und Lebensweise nur eine Antwort findet: Abschottung.

Ausnahmezustände

Die Kriegsrhetorik, die sich in den letzten Jahren in Bezug auf Flucht und Migration durchsetzt, leistet Vorschub für eine Abwärtsspirale bei grundlegenden Menschenrechten von Geflüchteten. So konnte der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez nach dem Massaker von Melilla am 24. Juni 2022 von einem „Angriff auf die territoriale Integrität“ Spaniens sprechen und die marokkanischen und spanischen Sicherheitskräfte für ihre effektive Arbeit loben. Damals waren mehr als zwei Dutzend Geflüchteter an den Grenzzäunen der spanischen Enklave getötet worden, mehr als 70 sind bis

heute vermisst. Marokko hat in den vergangenen drei Jahren 346 Millionen Euro von der EU bekommen, um Migration Richtung Norden zu unterbinden. Bis 2027 sollen weitere 500 Millionen dazukommen.

Bei Bedarf drehen Länder wie die Türkei, Marokko und Belarus die Eskalationsspirale von sich aus weiter. Die EU hat die Möglichkeiten, das zu ändern. Schließlich hat sie selbst diesen Ländern die Druckmittel in die Hand gegeben und Schutzsuchende zum destabilisierenden Faktor erklärt. Statt immer weiter die Normalisierung des Ausnahmezustandes zu betreiben, wäre es an der Zeit, gültiges Recht zu wahren und endlich ein gemeinsames europäisches Asylsystem aufzubauen, das nicht auf Abschottung und Ausnahmezustand setzt. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Bereits im Dezember soll die Verordnung im EU-Rat verabschiedet werden.



Kerem Schamberger ist noch nicht lange bei medico als Referent von Flucht und Migration tätig, und schon im Dauereinsatz: Konferenzen, Veranstaltungen, Texte zeugen von der Dringlichkeit eines Themas, das verschwiegen werden soll.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Im selben Sturm, aber nicht im selben Boot

Ein Reisebericht von vergessenen Orten und Menschen in Kenia und Mosambik

Von Radwa Khaled-Ibrahim

Wir kommen gerade von einem Besuch der Bauernvereinigung in Gorongoza, Mosambik, zurück. Es ist heiß, sogar der Wind, der sich ab und zu bemerkbar macht, ist erdrückend warm. Im Speisesaal des einzigen etwas besser ausgestatteten Gästehauses am Rande des abgelegenen Distrikts Gorongoza läuft ein Fernseher. Der Kanal Euronews zeigt auf Portugiesisch Weihnachtswerbung: Menschen sitzen in dicken Pullovern zusammen und warten auf warmes Essen. Für das bevorstehende Fest werden Sonderangebote angepriesen. Meine Bluse klebt auf meiner Haut. Die darauf folgenden Nachrichten bringen einen kurzen Bericht über den französischen Sommer: Ein Landwirt klagt über Dürre und Wasserknappheit. Es ist der wärmste und trockenste Sommer in Frankreich seit 1958.

Dürre und Wasserknappheit infolge der Klimakrise sind in Kenia und Mosambik schon lange ein großes Problem. Während in der kenianischen Dürre momentan alle vergeblich auf Regen hoffen, hat man in Mosambik, trotz der dort sich mehr und mehr ausbreitenden Dürre, Angst davor. Zu präsent sind noch die Überschwemmungen infolge des regnerischen Zyklons Idai, der 2019 Hunderte von Menschen tötete und weite Landstriche überflutete, weil der ausgetrocknete Boden nicht in der Lage war, die Wassermassen aufzunehmen.

Falsche Lösungen

In Kenia treffen wir unsere Partner:innen von der Kenyan Peasants League (KPL). Die Bauernaktivist:innen betonen, die Klimakatastrophe sei eine gemachte Katastrophe, eine politische Katastrophe und „politische Krisen brauchen politische Lösungen“. Und zwar dringend, denn diese gemachte Katastrophe raubt den Bauern und Bäuerinnen nicht nur die Arbeits-, sondern auch die Ernährungsgrundlage. Die Klima(un)gerechtigkeit muss der KPL nach mit der Schuld(en)frage zusammengedacht werden, und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen im Sinne von Schuld, und zwar des Globalen Nordens, der die Länder des Südens die Rechnung für die eigene klimaschädliche Lebensweise zahlen lässt. Zum anderen im Sinne von Verschuldung, denn die internationale Verschuldung treibt die Länder des Globalen Südens immer weiter in Armut und Abhängigkeit. Was von Regierungen und der Industrie als Lösung der Misere präsentiert wird, ist häufig genau das Gegenteil und wird die betroffenen Länder nur noch mehr beuteln, denn die vorgeschlagenen Programme beruhen auf denselben kapitalistischen Praktiken und der gleichen Logik wie die, die die Klimakrise verursacht haben. Dazu gehören die Kommerzialisierung, der Extraktivismus, der Einsatz von Gentechnik und die treibhausgas-



Im Dorf Gorongosa treffen sich Bauern und Bäuerinnen und Aktivist:innen der medico-Partnerorganisation União Nacional de Camponeses (UNAC) zum Austausch.

intensive Landwirtschaft. Auf internationaler Ebene fördert das dominante industrielle Produktionssystem von Nahrungsmitteln ein Modell, mit dem Land, Saatgut, Wasser und das gesamte System der Ernährung kontrolliert werden kann. Dieses System der Nahrungsmittelproduktion wird Ländern des Globalen Südens wie Kenia im Rahmen von Freihandelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen aufgezwungen, die mit wohlklingenden Programmen zu klimagerechter Landwirtschaft und zur Verringerung der Waldzerstörung (REDD+) Scheinlösungen fördern, die dramatische Konsequenzen für die Menschen in den betroffenen Regionen haben.

Vergessene Dörfer

Die Folgen der Dürre sieht man am stärksten in den abgelegenen Dörfern, wo die somalischen Communities leben. Dorthin durften wir unsere kenianische Partnerorganisation Society of

Development and Care (SODECA) begleiten, die Nothilfe und politische Bildungsarbeit mit den Communities unter anderem in Tana River und Garissa gestaltet. Die kleinen Dörfer sind weit entfernt von den Hauptverkehrsadern. Es sind vergessene Orte der Verwüstung, deren Wasserquellen ausgetrocknet sind und deren Vieh verhungert. Auch die Bewohner:innen hat man abgeschrieben. Als nicht kenianische Bürger:innen haben sie es schwer, ihre Rechte einzufordern, Papiere zu erhalten und Ähnliches. Stattdessen werden sie kriminalisiert und weiter marginalisiert. „Sans-Papiers“ wie sie fallen in die Kluft zwischen den universellen Menschenrechten einerseits, die allen gewährt werden müssten, aber tatsächlich oft von keiner Institution wirklich garantiert werden, und den Bürgerrechten andererseits, die der Staat, in dem sie leben, ihnen verweigert.

Etwas Aufmerksamkeit bekommen die vergessenen Menschen in den abgelegenen Regionen Kenias allenfalls von internationalen Hilfs-

organisationen. Als wir im Dorf Hajj Mohammed in Garissa ankommen, sehen wir Säcke voller Essen in der Mitte des Dorfes stehen. Auf den Säcken steht „A gift of USAID, from the American people“. Wir fragen, warum niemand davon etwas nimmt. Die Antwort ist ernüchternd: In den Säcken sind Bohnen und Hirse drin. Essen, das unter den gegebenen Umständen schwer zuzubereiten ist und das nicht zu dem gehört, was die Communities üblicherweise zu sich nehmen. Sie werden es daher umfüllen und weiterverkaufen. Ich frage: Wie kann das sein? Wie kommt es, dass die Hilfe so sehr an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht? Die Antwort: Wenn überhaupt mal Hilfsarbeiter:innen kommen, sind sie nur kurz da, stellen die Säcke ab und gehen wieder. Kommuniziert wird mit den Menschen nicht. Sonst hätten sie Gelegenheit zu sagen, was sie wirklich brauchen: Eine Infrastruktur für die Wasserversorgung zum Beispiel, damit sie nicht mehr von den Wassertrucks abhängig sind. Aber auch Stipendien für die Mädchen, damit sie länger zur Schule gehen können, und eine Wiederaufnahme der Essensprogramme an den Schulen, damit wenigstens die Kinder versorgt sind.

Mehrfach verschuldet

Die Krise, in der sich Länder wie Kenia und Mosambik befinden, ist auch verbunden mit dem anderen Aspekt der Schuld(en)frage, die KPL aufmacht, nämlich mit den internationalen Schulden, die im Finanzjahr 2022/23 in Kenia 55 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Verschuldet ist das Land bei der International Development Association, die zur Weltbank gehört, bei China, bei der African Development Bank und beim Internationalen Währungsfonds. Dass China in der Liste der Gläubiger an zweiter Stelle steht, verwundert nicht. Als wir Garissa wieder Richtung Nairobi verlassen, kommen wir an der chinesischen

LAPSSET-Autobahn vorbei, die gerade gebaut wird. Ein riesiges Projekt, das Ostafrika verbinden soll und an die britische Idee eines „ostafrikanischen Blocks“ des Handels anknüpft. Tatsächlich ist es jedoch vor allem ein Projekt der Verschuldung, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Zunächst verschuldet sich Kenia mit diesem Projekt bei China. Doch damit nicht genug. Unser Partner Dan Owalla von SODECA erklärt, dass beim Abbezahlen der Schulden mit IWF-Vouchers neue Schulden entstehen. Die Schulden beim IWF wiederum sind an Bedingungen geknüpft. Sie sind verbunden mit weiteren Austeritätsmaßnahmen, die die Schwächsten am stärksten treffen werden. Vor allem die Bauern und Bäuerinnen und die Armen in den Großstädten. Der Hunger wird dadurch perpetuiert, denn – wie Habu Dorcas von KPL erklärt – Schulden und Hunger sind eng miteinander verbunden, nicht nur weil „die noch nicht mal geborenen Kinder durch den Staat schon verschuldet sind“, sondern auch weil die Auflagen der Kreditaufnahme die Bauern und Bäuerinnen in die Monokultur treiben und sie nicht mehr selbst entscheiden können, was sie wo anbauen.

Mit Ernährungssouveränität hat das nicht das Geringste zu tun, im Gegenteil. Das sehen auch die organisierten Bewohner:innen des Mathare-Slums in Nairobi so. Sie sind von Gewalt, Kriminalisierung, Armut und Hunger betroffen. In ihrem Social Justice Center ist auf einer Wand der Panafrikanist Thomas Sankara mit folgendem Zitat abgebildet: „Die Ursprünge der Verschuldung liegen in den Ursprüngen des Kolonialismus. Diejenigen, die uns Geld leihen, sind diejenigen, die uns kolonisiert haben.“

In die Ausbeutung investieren

In Mosambik begünstigt die Schuldenkrise den Extraktivismus, der unter dem Deckmantel

von internationalen Investitionen das Land ausbeutet. In dem europäischen Energiehunger, vorangetrieben z.B. durch den Öl- und Gaskonzern Total, wird aus Mosambik nicht nur Gas mit wenig Aufwand extrahiert, sondern auch die damit verbundene Gewalt an den Menschen, die in den jeweiligen Orten leben, billigend in Kauf genommen, wie Daniel Robeiro von der Organisation Justica Ambiental erläutert. Es ist kein Zufall, dass Orte wie Cabo Delgado, an denen Großprojekte umgesetzt und Anschläge verübt werden, häufig als „Terrorzonen“ gekennzeichnet sind. Für multinationale Konzerne ist das gut, denn dadurch sind die Kosten für die Minen günstig und der Staat ist verpflichtet, die Projekte zu schützen.

Schützen kann der Staat, auch wenn er nicht in weiten Teilen korrupt wäre, die Menschen nicht vor der Klimakrise. Mosambik ist eines der Länder, das am stärksten davon betroffen ist. Der Zyklon Idai hat 2019 nicht nur in großem Umfang Böden und Häuser zerstört, sondern auch die Schuldenkrise verschärft. Unsere Partner:innen von União Nacional de Camponeses (UNAC) sprechen von den Abhängigkeiten der Bauern und Bäuerinnen im Zuge der Wiederaufbaumaßnahmen nach den Zerstörungen durch Idai. Sie mussten erleben, dass nicht jede Hilfe hilft, sondern manchmal sogar das Gegenteil bewirkt. Nachdem die Bauern und Bäuerinnen ihre Samen und die Ernte durch Zyklone verloren hatten, haben internationale Hilfsorganisationen in Nothilfeaktionen Samen zum Einpflanzen verteilt. Doch diese Samen waren industriell gefertigt und genmodifiziert. Diese Samen sind nicht wetterresistent, brauchen viel Dünger und verrotten schon nach kurzer Zeit. Ihre Lebenserwartung ist kaum länger als die des auf zwei Jahre angelegten Projektes. Zudem wird die Erde auf Dauer unfruchtbar bzw. kann keine anderen Samen tragen. Damit kann man keine Ernährungssouveränität erreichen. Das ist auch of-

fenbar nicht gewünscht, denn die Abhängigkeit von Bauern und Bäuerinnen und Boden von den industriell gefertigten Samen verschafft internationalen Agrarkonzernen hohe Profite. Es ist daher keine Überraschung, dass Firmen wie Bayer (Deutschland) oder Sygenta (China) in Mosambik einen vielversprechenden Markt sehen. Die Vereinigung UNAC kämpft zusammen mit den Bauern und Bäuerinnen für lokale Samen, denn „mit lokalen Samen erreichen wir Ernährungssouveränität“. Aber weil lokale Samen nicht reichen, ist UNAC auch Teil der Entschuldungsbestrebungen in Mosambik.

Die „afrikanische“ Weltklimakonferenz COP27 und der Krieg in der Ukraine waren in den Gesprächen auf unserer Reise präsent – eines aber war präsenter: Die Menschen wollen weder Kollateralschaden des grünen Kapitalismus noch globaler hegemonialer Kämpfe, die geopolitisch ausgetragen werden, sein.



Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Nothilfe in der Öffentlichkeitsarbeit von medico und besuchte auf ihrer Dienstreise durch Ostafrika eine Vielzahl von medico-Partner:innen, die für Ernährungssouveränität streiten und Nothilfe leisten.

Zugang zu Land und die Erlangung von Ernährungssouveränität sind zentrale Ziele, die die medico-Partnerorganisationen in Ostafrika verfolgen. Denn nur wenn diese Ziele gesichert sind, können Hungersnöte nachhaltig bekämpft und verhindert werden. Angesichts der anhaltenden Dürre unterstützt medico die Partner:innen zudem bei der Nothilfe in ländlichen und von Katastrophen gebeutelten Regionen.

Spendenstichwort: Ostafrika

Projekte Projekti- onen

Recht auf Schutz
Solidarische Selbsthilfe für
Geflüchtete in Südafrika

In Muizenberg, direkt am Meer bei Kapstadt gelegen, prallen die Widersprüche der globalisierten Welt harsch aufeinander. Während die touristische Surfcommunity in der Gemeinde massive Verdrängungen in Gang setzt, leben in der Peripherie arme Schwarze Menschen mit und ohne südafrikanische Staatsbürgerschaft rechtlich diskriminiert und ökonomisch ausgebeutet. In diesem Umfeld ist die Africa Revival Foundation (ARF) als Selbsthilfeorganisation entstanden. Auslöser war einst ein erfolgreicher Arbeitskampf von Locals und Migrant:innen gegen unrechtmäßige Entlassungen. Heute organisiert ARF in dem Township Capricorn neben einer kleinen Suppenküche und Angeboten für Kinder und Jugendliche Rechtshilfe von Paralegals und solidarischen Anwält:innen für Geflüchtete. Mehr und mehr in den Fokus rückten zuletzt Schutz und Widerstand angesichts massiver autoritärer „South Africans First“-Tendenzen. Die Antwort der Africa Revival Foundation: Gemeinsam Solidarität stärken und Rechte verteidigen!



Foto: REUTERS

Sind aus Simbabwe nach Südafrika geflüchtet: Siyayi Chinemhute mit seiner Frau und ihren Kindern.

Spendenstichwort: Südafrika

Damit Krankheit nicht arm macht

Bangladesch: Gesundheitsprogramme in Textilfabriken

Sei es bei der Entlohnung oder dem Arbeitsschutz, bei Möglichkeiten, sich zu organisieren, oder den Arbeitszeiten: In den Textilfabriken Südasiens und entlang den globalen Lieferketten werden Arbeiter:innen fundamentale Rechte vorenthalten. Hierzu zählt auch, dass nur die wenigsten krankenversichert sind. Die Folge: Medizinische Leistungen müssen selbst bezahlt werden – was viele deshalb unterlassen und andere arm oder noch ärmer macht. In den vergangenen Jahren hat die medico-Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra (übersetzt: „Volksgesundheitszentrum“) verschiedene Konzepte von Gesundheitsprogrammen für Beschäftigte der Bekleidungsindustrie erprobt. Aktuell läuft im Textilgürtel Dhakas ein Projekt, in dem GK mit drei Fabriken vertragliche Vereinbarungen zur Gesundheitsversorgung der gesamten Belegschaft geschlossen hat, insgesamt rund 17.000 Textilarbeiter:innen, zum Teil plus Angehörige. Gemäß dieser Vereinbarungen wird für jede:n Arbeiter:in eine Art Solidarbeitrag gezahlt, zunächst zur Hälfte von der Fabrik und zur anderen von einem externen Geber – in diesem Fall von medico. Ab dem zweiten Jahr erhöht sich der Anteil der Fabrik stetig bis zur vollen Summe. Innerhalb des Programms haben die Beschäftigten das Anrecht, sich kostenfrei in einem der Gesundheitsdienste von GK behandeln zu lassen. Selbst dieses Grundrecht muss den Fabriken abgerungen werden. Aber es ist ein Anfang, den GK ausweiten wird und der Beispiel geben kann.

Spendenstichwort: Bangladesch

Ankommen können

Griechenland und Polen: EU-Grenzregime überwinden

Abschottung, Brutalisierung und Kriminalisierung ist das, was an den EU-Außengrenzen politisch gewollt geschieht. Abschottung, Brutalisierung und Kriminalisierung sind denn auch das, wogegen sich die Arbeit von mehreren medico-Partnerorganisationen vor Ort wendet. So versuchen die Anwält:innen des Legal Centre Lesbos auf der griechischen Insel Lesbos Pushbacks zu verhindern. Außerdem begleiten sie Asylsuchende vor Gericht. In Mytilene in der Nähe des Übergangslagers Mavrovouni finden Geflüchtete beim Borderline Lesbos Welcome Office juristische Beratung, medizinische Unterstützung und einen geschützten Raum. Sichere Räume organisiert mit jeweiligen Schwerpunkten auch das Kollektiv Women in Solidarity House WISH und die Gruppe Lesbos LGBTIQ+ Refugee Solidarity. Weiter nördlich an der aus dem öffentlichen Fokus wieder verschwundenen EU-Außengrenze zwischen Polen und Belarus steht die Grupa Granica ankommenden Schutzsuchenden nach wie vor mit dem Nötigsten zur Seite. Auch eine neue Kooperation in Warschau soll denjenigen zur Seite stehen, die auf der Flucht von Marginalisierung und Rassismus besonders betroffen sind. In dem Zentrum „Towards Dialogue“ können aus der Ukraine geflohene Rom:n:ja Schutz und Unterstützung finden.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Die Macht Erdbeere



Stadt, Land, Garten? Im Norden von Rio de Janeiro lässt sich das nicht trennen.

der



Trotz Lulas Wahlsieg wird es in Brasilien keine Antwort auf das soziale Schicksal von Millionen geben. Viele gehen deshalb eigene Wege

Von Mario Neumann

Ehrlich gesagt hielt ich bis zum Mai 2022 Erdbeeren für eine ziemlich deutsche Angelegenheit. Ich hatte das natürlich nie wirklich durchdacht, aber es hätte mich nicht gewundert, wenn es sie so gut wie nirgendwo sonst auf der Welt gäbe. Vielleicht dachte ich so, weil die Erdbeere hierzulande oft zusammen mit Spargel gehandelt wird. Und der ist ja nun bekanntermaßen eine ziemlich deutsche Angelegenheit. Doch zurück zu den Erdbeeren, die ich lange quasi für Kartoffeln hielt: Mein Eindruck hat sich geändert. Seit jenem Tag, als ich zum ersten Mal in Rio de Janeiros größtem Favela-Komplex Erdbeeren aß. „Hier sind die Erdbeeren wichtiger als die Wahlen. Denn sie spenden den Menschen mehr Hoffnung als die Reden der Politiker.“ Das sagt Ana zu mir, ohne Hölle oder Ressentiment in der Stimme. Sie sagt das auch nicht als Polemik, sondern es ist aus ihrer Perspektive eine Tatsachenfeststellung.

Um Ana zu treffen, fahren wir mit dem Taxi durch den Norden Rio de Janeiros, die Zona Norte. Hier reiht sich Favela an Favela, rechts und links sehen wir kaum mehr als unverputzte, von den Bewohner:innen gebaute Backsteinhäuser, die sich chaotisch miteinander zu einem Territorium verbinden. Hier ist Favela-Land, das regelmäßig von Polizei und Militäreinsätzen heimgesucht wird, bei denen die Bewohner:innen von Massakern sprechen, während die Polizei von Krieg redet. Wir biegen

ab nach Penha, einem Favela-Komplex von 13 miteinander verwachsenen Siedlungen, einem der gewaltvollsten Orte der Stadt. Es ist früh morgens und die Straßen sind noch leer. Plötzlich stoppt unser Taxifahrer abrupt und sagt, wir müssten jetzt aussteigen und den Rest zu Fuß gehen. Wir schauen hoch und vor uns steht ein Pferd, dahinter ist die Straße zu Ende und große Steine ragen empor. Kein Durchkommen.

Das gelobte Land

Wir gehen die letzten Meter zu Fuß und gelangen nach Terra Prometida. Hier leben Ana Santos und ihr Mann Marcelo Correa in einem kleinen Häuschen umgeben von Hügeln, Pflanzen und der neu entstehenden Favela, die rechtlich noch als Landbesetzung gilt und so einen gewissen Schutz besitzt. Als Marcelo hört, dass ich aus Deutschland komme, sagt er begeistert „Ah, Nietzsche!“. Sie haben es hier in der Nähe schon einmal versucht, sind dann vertrieben worden und nach einer kurzen Auszeit zurückgekommen. Die Terra Prometida, das „gelobte Land“ liegt inmitten des Naturschutzgebietes Serra da Misericórdia – einer grünen Oase inmitten eines riesigen Slums.

Die Nachbarschaft ist während der Pandemie stark gewachsen. Ana und Marcelo begleiten diesen Prozess mit ihrer Organisation CEM,

dem „Zentrum für Integration in der Serra da Misericórdia“, die sich für Ernährungssouveränität der Favela-Bewohner einsetzt. „Unsere Arbeit wird in Partnerschaft mit verschiedenen Kollektiven und Institutionen durchgeführt und will das ganze Spektrum der Lebensmittelproduktionskette betrachten: vom Anbau bis zum Konsum.“ Der Favela-Komplex Penha liegt in einem Gebiet mit der höchsten Bevölkerungsdichte im Stadtgebiet, der kleinsten Grünfläche pro Einwohner und den niedrigsten Luftqualitätsindizes der Stadt – die viertschlechteste in der gesamten Metropolregion. In diesem Sinne bietet die Arbeit von CEM einen Kontrapunkt zu dem an, „was die gesellschaftliche Realität der Bevölkerung aufzwingen will“, sagen sie in ihrer Selbstdarstellung.

Mit anderen Worten: Hier, wo Menschen einerseits unter Favela-Bedingungen leben, die Natur andererseits ländliche Bedingungen bietet und gleichzeitig geschützt werden muss, versucht man, eine Autonomie und Souveränität der Bewohner:innen über städtische Landwirtschaft zu schaffen. Denn wenn die Alternative ist, im Glücksfall täglich Stunden durch die Stadt zu fahren, um bei den reichen Weißen zu putzen oder Wasserflaschen an der Ampel zu verkaufen, nur um abends etwas essen zu können, dann kann man genauso gut die Lebensmittelproduktion autonom organisieren und Überschüsse verkaufen.

Wir gehen vielleicht 45 Minuten umher, in denen uns Ana beiläufig Geschichten davon erzählt, wie man mit Klugheit und Kreativität einfache Antworten auf einen ganzen Haufen Probleme findet. Ein Beispiel: Viele Frauen sind hergekommen, die vor häuslicher Gewalt geflohen sind. Anstatt bei den Reichen putzen zu gehen, lernen sie hier von Ana, wie sie die Natur in der Stadt bewirtschaften können. Doch die Frauen müssen sich um ihre Kinder kümmern – die Schulen sind schlecht und in

der Pandemie zum Teil geschlossen gewesen. Also organisieren Ana und ihr Mann auf ihrem Gelände zusätzlichen Schulunterricht. Unterdessen erhalten die Mütter Kurse in Agrarökologie. An der selbst organisierten Schule gibt es derzeit zwei Lehrerinnen: eine für die Schulanhilfe, eine für Theater. Mit den jungen Leuten aus der Nachbarschaft soll außerdem ein Podcast entstehen, der über WhatsApp und an drei Orten in der Favela mit Lautsprechern übertragen werden soll. Das Leben im Stadtteil, Gesundheit und Kultur werden die Themen sein, da – wie Anna sagt – man hier „ansonsten nur von Unglück oder von Religion hört“.

Die Menschen in Terra Prometida produzieren in ihren eigenen Gärten Lebensmittel, Kräuter und ökologische Produkte. Diese werden selbst genutzt, getauscht und auf Märkten angeboten – zum Beispiel auf denen der medico-Partnerorganisation MST, der großen brasilianischen Bewegung der Landlosen, die Noam Chomsky Anfang des Jahrtausends einmal „die wichtigste und aufregendste Volksbewegung der Welt“ nannte. In ganz Brasilien gibt es unzählige Initiativen, die ähnliche Versuche wie der MST oder CEM unternehmen. Ihnen allen geht es um Ernährungssouveränität und um eine andere Form von Landwirtschaft, ob im urbanen Raum oder auf dem Land.

Hunger und Klimaschutz

Im Juni dieses Jahres meldete die Deutsche Presse Agentur anlässlich einer Studie des Brasilianischen Forschungsnetzwerks für Ernährungssicherheit (Rede PENSSAN) für den Zeitraum von November 2021 bis April 2022, dass sich durch mehr als zwei Jahre Corona-Pandemie die Ernährungssituation in Brasilien zugespitzt habe. „125,2 Millionen Brasilianer haben keinen vollständigen und dauerhaften Zugang zu Nahrung.“ 33,1 Millio-

nen unter ihnen leiden demnach an Unterernährung, 19 Millionen mehr als noch im April 2021. Bei Wikipedia wird die brasilianische Landwirtschaft ganz anders beschrieben. Sie habe große Bedeutung nicht nur für das Land selbst, sondern auch für den Rest der Menschheit. „Theoretisch könnte Brasilien etwa eine Milliarde Menschen ernähren, weshalb es als Ernährer der Welt gilt.“

Lula hat die Hungerfrage innenpolitisch zur größten Herausforderung seiner Präsidentschaft erklärt, während er außenpolitisch – nicht zuletzt auf der Weltklimakonferenz – den

Schutz des Amazonas zur Gretchenfrage machte. „Bolsonaro hat mit seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik die in der ersten Amtszeit von Lula geschaffenen Organisationen und Räte zur Bekämpfung des Hungers zerschlagen. Lula will jetzt die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Hunger erneut zur Chefsache machen. Während seiner letzten beiden Amtszeiten hatte er es tatsächlich geschafft, durch Sozialprogramme Hunger und Armut zu verringern. Doch aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse – Bolsonaros Partei stellt beispielsweise die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus – ist es zweifelhaft, ob ihm



Ana Santos kümmert sich um alles gleichzeitig, hat aber trotzdem meistens gute Laune.

das erneut gelingen kann“, sagt der Journalist und Brasilienkenner Niklas Franzen. In seiner Antrittsrede erklärte Lula, dass er unter Beweis stellen möchte, dass es möglich ist, Reichtum zu generieren, ohne die Umwelt zu zerstören.

Hunger und Ökologie

Man könnte meinen: Erst kommt das Fressen, dann die Ökologie? Der französische Philosoph Pierre Charbonnier macht dagegen in seinem viel beachteten Buch „Überfluss und Freiheit“ auf einen simplen Sachverhalt aufmerksam: In einer Zeit, in der Ökologie und Politik nicht länger zu trennen seien und dies auch in das Bewusstsein unserer Gesellschaften eingedrungen ist, müssen auch unsere Vorstellungen von Emanzipation neu formuliert werden. Damit verbunden sind für ihn auch Fragen der Autonomie und der Freiheit. Denn wenn aus der Einsicht in die Unhaltbarkeit unserer Lebensweise etwas anderes erwachsen soll als eine neue protestantische Ethik des Verzichts oder eine autoritäre Ökologie, dann stellt sich die Aufgabe, Freiheit, Autonomie und Emanzipation aus ihrer häufig untergründigen Verknüpfung mit dem technischen Fortschrittsoptimismus zu lösen und sie mit der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen zu harmonisieren. Sein theoretischer Imperativ lautet dann auch, die „Freiheit im Zeitalter der Klimakrise neu zu erfinden“.

Der Glaube an Fortschritt und Technik als Zauberformel für ein gutes Leben hat sich also als Irrtum und kurze Epoche der Geschichte erwiesen. Utopie heißt dann, dass sich ein lebenswertes Leben nicht über Konsumsteigerung und Güterverbrauch, sondern nur über neue Lebensformen denken lässt, die auch ein neues Verhältnis zur Natur entwickeln und erschließen müssen. Über diese Fragen wird hierzulande viel geredet, aber die Veränderung reduziert sich doch meist auf das Einkaufsver-

halten und den Biomarkt. Die kleinen Projekte vom MST über CEM und die unzähligen anderen Initiativen hingegen können im Kleinen ein neues Paradigma vorleben, das auch Bedeutung für das große Ganze hat. Ihnen gelingt in Ansätzen, was viele, die endlos über die Klimakrise sprechen, nicht einmal denken können.

Es ist immer ein bisschen schwierig, Orte wie die Terra Prometida im Namen einer europäischen NGO zu besuchen. Denn natürlich gibt es ein Machtverhältnis durch die Tatsache, dass man potenzieller Geldgeber ist. Aber jetzt raten Sie mal, wie mein Tag zu Ende ging, als ich sagte, dass ich gerne noch bleiben würde, aber mein Flug leider in wenigen Stunden gehe? Eine Nachbarin, deren Familie wir vorher besuchten und in deren Garten man mir strahlend Kräuter und Früchte unter die Nase hielt, antwortete: „Du armer Junge musst zurück nach Frankfurt. Das tut mir leid für dich, aber du kannst immer herkommen!“ Besser kann man die Welt nicht auf den Kopf stellen.

Die brasilianische Landlosenbewegung MST – Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra – setzt sich seit nunmehr bereits 40 Jahren für die Rechte von landlosen Kleinbäuerinnen und -bauern und Landarbeiter:innen und deren Zugang zu Land ein. Sie und die städtische Bewegung der Obdachlosen [MTST] sind beide medico-Partnerinnen. Sie machen vor, was sich nun auch in der Arbeit in der Favela Penha wiederholt: Formen des alternativen Zusammenlebens mit einem ökologischen Denken zu verbinden und die Frage der sozialen Gerechtigkeit durch die Mobilisierung und Politisierung der ärmsten gesellschaftlichen Gruppen auf der politischen Tagesordnung zu halten.

Spendenstichwort: Brasilien

Im Schatten Ortegas

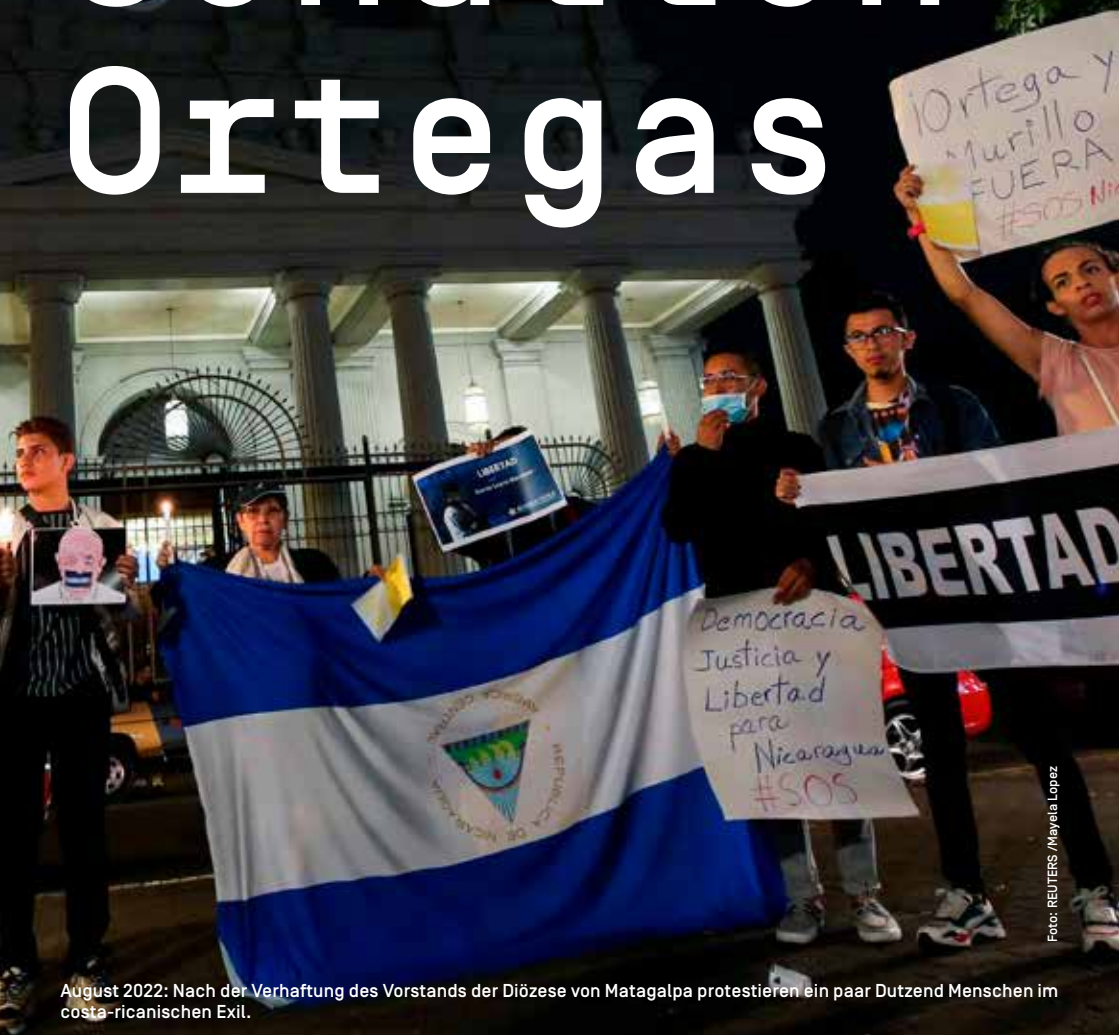


Foto: REUTERS/Mayela Lopez

August 2022: Nach der Verhaftung des Vorstands der Diözese von Matagalpa protestieren ein paar Dutzend Menschen im costa-ricanischen Exil.

Angesichts der anhaltenden Repression in Nicaragua sammelt sich die Opposition, soweit sie nicht im Gefängnis sitzt, in Costa Rica

Von Moritz Krawinkel

„Wenn wir nach Nicaragua zurückkehren, werden wir mit Booten diesen Fluss hinabfahren“, lacht Doña Chica mit ungebrochener Energie. In Nicaragua hat ihre Bauernbewegung lange Jahre gegen das Megaprojekt eines interozeanischen Kanals gekämpft. Doch vor vier Jahren musste die kleine Frau mit dem rundlichen Gesicht hierher in den Norden Costas Ricas fliehen. Wir stehen am Ufer eines braunen Zuflusses zum Río San Juan, der sich gurgelnd in Richtung nicaraguanische Grenze windet. Dabei durchquert er die 65 Hektar Land, die Doña Chica zusammen mit über zwanzig anderen geflohenen Familien bewirtschaftet. Sie bauen Bananen, Mais, Bohnen und Yucca an, alles rein ökologisch, für den Eigenverbrauch und für den Markt im nahe gelegenen Städtchen Upala. Leicht sei es nicht, über die Runden zu kommen. Da sind die vielen bürokratischen Hürden. „Jedes Ei braucht in Costa Rica ein Zertifikat“, klagt Doña Chica. Die Zukunft ist ungewiss, die Gegenwart prekär, auch ökonomisch. „Die Leute verstehen nicht, warum unsere Bananen kleiner sind, und kaufen eher die großen voller Gift.“

Die Siedlung, die die Familien nur zwanzig Kilometer von der Grenze entfernt in den vergangenen vier Jahren aufgebaut hat, ist „work in progress“. Bestanden die ersten provisorischen Behausungen aus Holzstangen und Plastikplanen, sind inzwischen Holzhütten mit Lehm Boden errichtet, zudem Verschläge für

Hühner und Schweine und ein offenes Gebäude, in dem Säcke voller Mais und frisch eingetroffene Matratzen der medico-Partnerorganisation Popol Na lagern. An einer zentralen Kochstelle wird mit Gas gekocht, das aus dem Mist der Schweine gewonnen wird. „Wir haben viel zurückgelassen auf der Flucht“, erinnert sich Doña Chica an die Niederschlagung des zivilen Aufstands gegen das Ortega-Regime im Sommer 2018. Über 320 Menschen wurden damals von Polizei und Paramilitärs getötet, Hunderte verletzt und Zehntausende ins Exil getrieben. Hier im Camp in Costa Rica haben politisch Verfolgte, Angehörige der nicaraguanischen Bauernbewegung, darunter viele alleinerziehende Frauen, Zuflucht gefunden. Die meisten haben ein zermürbendes Warten auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse hinter sich und mussten Nöte überstehen. Trotz der Armut ist heute das Glück, wieder selbst Land bearbeiten zu können, greifbar. Mehr noch, wie Doña Chica betont: „Früher haben wir alleine gewirtschaftet. Hier haben wir eine starke Gemeinschaft gewonnen.“

Eine Strafzelle im Garten

Etwas außerhalb vom Stadtzentrum der Hauptstadt San José hat die Menschenrechtsorganisation Nunca Más ihr Büro. Fast zwanzig Anwält:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen arbeiten hinter der Fassade eines weiß

getünchten Gebäudes. Auch sie sind im Exil. Bis 2018 waren sie in Nicaragua für die Organisation CENIDH aktiv, die seit drei Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen im Land anprangerte. Doch dann wurde CENIDH als einer der ersten zivilgesellschaftlichen NGOs verboten. „Uns war klar, dass sie hinter uns her sind“, sagt uns die Journalistin Wendy Quintero, die für die Öffentlichkeitsarbeit für Nunca Más zuständig ist. Wir sitzen auf der Terrasse des kleinen Hauses. Im Inneren erinnern zahlreiche Fotos an den Aufstand von 2018, als Hunderttausende in Managua gegen die Ortega-Regierung demonstrierten, und die vielen politischen Gefangenen, die Geiseln gegen einen möglichen neuen Aufstand sind. Im Garten steht ein großer, grün gestrichener Holzwürfel mit angelehnter Tür. Es ist die Nachbildung einer Strafzelle aus dem berüchtigten Gefängnis „Nuevo Chipote“, gebaut nach den Beschreibungen entlassener Inhaftierter, drei Schritte breit, vier Schritte lang. Geteilt durch eine halbhohe Wand aus Beton, links übereinander zwei Pritschen, auch aus Beton. Kein Fenster, nur eine geschlossene Öffnung in der Tür. „In manchen Zellen ist es Tag und Nacht dunkel, in anderen brennt 24 Stunden Licht“, berichtet Wendy.

In Nicaragua hat das Ortega-Regime rund 200 politische Oppositionelle inhaftiert, Studierende, Bauern, Journalist:innen, Präsidentschaftskandidat:innen. Unter den politischen Gefangenen ist auch die Ex-Guerillera und frühere medico-Partnerin Dora María Téllez. Wie viele andere wird sie in Isolationshaft gehalten, alleine, ohne jeden Kontakt oder Ablenkung, unzureichend medizinisch versorgt, unterernährt. Die Haft als Folter. „Wir haben Angst um das Leben von Dora María“, klagten Angehörige im September. Nunca Más geht davon aus, dass fast alle politischen Gefangenen gefoltert werden. Der psychische Verfall sei offensichtlich. Die Organisation hat inzwischen

über 1.000 Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch das Regime dokumentiert. Dieser Tage bringen Anwält:innen exemplarisch die Fälle von zehn politischen Gefangenen vor den Interamerikanischen Gerichtshof. Sie wollen eine Resolution erwirken, die den nicaraguanischen Staat zur Verbesserung der Haftbedingungen und zur Freilassung der politischen Gefangenen verurteilt. Das wird nicht passieren. Für die Gefangenen, so Wendy, sei diese Form der Aufmerksamkeit dennoch enorm wichtig. „Ihre Situation wird international bekannt und öffentlich angeprangert. Sie spüren, dass sie nicht vergessen werden.“

Verfolgt, verstreut, entzweit?

Derzeit wirkt es nicht so, als könnte die Opposition in Costa Rica dem Regime in Nicaragua gefährlich werden. Der Vielzahl von Organisationen, Bewegungen gelingt es nicht, ihre Stimmen zu vereinen. „Der Dialog zwischen den verschiedenen Strömungen im Exil fällt extrem schwer“, berichtet Josue (Name geändert), der die Studierenden im Widerstand gegen die Ortega-Regierung unterstützt. Es spiele Ortega auch in die Hände, dass viele liberale Regimegegner:innen jene Oppositionelle ablehnen, die aus dem Sandinismus stammen. Alte Gräben bleiben auch im Exil tief. „Die größte Schwäche der Opposition ist, dass sie keine Alternative anbieten kann“, sagt Josue. Während des Aufstandes 2018 habe die Parole „Ortega muss weg“ die verschiedenen Strömungen vereint. Nachdem das Regime aber seine Macht behaupten konnte, hätten sich alle wieder in ihre Nische zurückgezogen.

Diese Einschätzung bestätigt der junge Jurist und Politikwissenschaftler Umanzor López Baltodano von der Umweltorganisation Popol Na. „Die Leute hoffen auf Ortegas Tod und glauben, dass die Demokratie dann von alleine

kommt. Aber womöglich übernimmt dann das Militär.“ Als das Regime im Dezember 2018 neben der Redaktion der regierungskritischen Zeitung *Confidencial*, dem Büro von CENIDH, auch die Räumlichkeiten von Popol Na stürmte, war Umanzor gerade in Costa Rica – und blieb. Im Sommer 2021 folgten seine Schwester Mónica López Baltodano und ihre Eltern, Julio López und die Ex-Guerillera Mónica Baltodano. An der Seite der Bauernbewegung von Doña Chica war Popol Na, unterstützt von *medico*, seit 2014 gegen die Pläne für einen interozeanischen Kanal aktiv. Im Widerstand gegen die Naturzerstörung und den Autoritarismus von Ortega kamen Ex-Sandinist:innen und ehemalige Unterstützer:innen der anti-sandinistischen Contra-Guerilla der 1980er-Jahre zusammen. Heute sind Gegner:innen und Verfolgte des Ortega-Regimes selbst im Exil keineswegs sicher. Die Schatten des Regimes reichen bis nach Costa Rica, auch hier wird verfolgt, erpresst, spioniert, infiltriert. Die Notlage vieler Exilierter ausnutzend, soll die nicaraguanische Botschaft gezielt Spitzel anwerben, indem sie ihnen die Rückkehr in die Heimat in Aussicht stellt.

Wie die Opposition ihre akute Schwäche überwinden kann? Mónica Baltodano betont, dass die beschworene „Unidad“, die Einheit der Opposition, erarbeitet werden müsse. Voraussetzung dafür sei es, die Bewegungen der Feministinnen, der Jugendlichen und der Bauern zu reorganisieren. Den sozialen Bewegungen alleine werde es jedoch nicht gelingen, ein neues, demokratisches Nicaragua aufzubauen. Linke Positionen, so die langjährige *medico*-Partnerin, haben es zurzeit aber schwer, zu sehr werde eine progressive Rhetorik mit den Regimen in Nicaragua, Kuba, Venezuela identifiziert.

Martha Cabrera, langjährige *medico*-Partnerin und in der psychosozialen Hilfe für nicaragua-

nische Aktivist:innen und Angehörige politischer Gefangener aktiv, setzt noch einen anderen Akzent. Das Politische sei auch in Nicaragua von einer hierarchischen, patriarchalen Kultur geprägt. „Diese müssen wir verlernen.“ Immerhin habe die Revolte von 2018 den Raum zur Aufarbeitung vieler unterschwellig wirkender Erfahrungen mit dem Sandinismus geöffnet. In den von Martha organisierten Gesprächsrunden stellen sich Familien der Contra, ehemalige Sandinist:innen und junge Aktivist:innen ihren Biographien und den jeweiligen Urteilen über die anderen. „Das Einfühlen in das Leid des Gegenübers und die Anerkennung eigener Verantwortung kann eine neue, die Gesellschaft verändernde Kraft sein“, sagt sie. Worum es in den Dialogen gehe? „Darum, an das Gute und Ermächtigende der Revolution anzuknüpfen und gleichzeitig ihr autoritäres Vermächtnis zu überwinden.“ Ob bei den Bäuer:innen im Norden Costas Ricas, im Büro der Anwält:innen von Nunca Más oder bei den Studierenden: Dieses Ziel eint letztlich alle im costa-ricanischen Exil.



Moritz Krawinkel besucht nicht zum ersten Mal Mittelamerika. Aber dass er unsere nicaraguanischen Projektpartner:innen im costa-ricanischen Exil treffen muss, zeigt den politischen Zerfall eines einstigen Hoffnungsträgers, der es auch viele Jahre für *medico* war.

Die nicaraguanische Oppositionsbewegung findet sich im costa-ricanischen Exil neu, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und reorganisiert den Widerstand gegen die Diktatur in Managua. *medico* steht weiter an ihrer Seite.

Spendenstichwort: Nicaragua

Der Geschmack von Freiheit

Die Aufstände im Iran dauern an. Wohin kann es gehen, wenn es kein Zurück mehr gibt? Fragen an die Bloggerin Mina Khani



Foto: Stefanie Kulisch

Die iranische Autorin Mina Khani berichtet von Berlin aus über die Entwicklungen und Proteste im Iran. Sie war auch eine der Rednerinnen auf der medico-Veranstaltung „Unterschätzte Wut. Proteste im Iran“, die Ende September in Frankfurt stattfand.

Trotz aller Repressionen erheben sich Menschen im Iran weiterhin gegen das Regime. Die Welt staunt über den Mut und das Durchhaltevermögen. Du auch? In einem Interview hast du schon vor knapp drei Jahren vorhergesagt, dass es zu einer riesigen gesellschaftlichen Explosion kommen wird.

Man muss die aktuellen Proteste in ihrer Entwicklung sehen. 2009 gingen erstmals wieder Millionen Menschen im Iran auf die Straße. Unter der Parole „Wo ist meine Stimme?“ demonstrierten sie gegen den Betrug bei der Prä-

sidentschaftswahl. Zwar trugen vor allen Dingen die Mittelschichten in Teheran diesen Protest. Dennoch eroberten sich die Menschen damals das Gefühl zurück, ihre Stimme öffentlich erheben zu können. Das war wichtig. Nach der Niederschlagung der Grünen Bewegung musste sich der Widerstand gegen die Diktatur neu sortieren. Bereits unter Rohani, Präsident der Islamischen Republik zwischen 2013 und 2021, gab es erste Kampagnen gegen den Kopftuchzwang. Ende 2017 und Anfang 2018 waren es vor allem die ärmeren Schichten, die gegen die politisch-wirtschaftliche Misere aufbegehrten. Das kulminierte 2019 in massiven landesweiten Protesten, im Zug derer das Regime 1.500 Menschen ermordete. Seitdem hat der Iran im Grunde keinen ruhigen Tag mehr erlebt. Und ja, jetzt erleben wir die Explosion. Ich bin auch begeistert von dem Mut der Menschen. Aber überrascht bin ich nicht.

2009 war es Wahlfälschung, 2019 eine schlagartige Benzinpreiserhöhung. Diesmal aber war der Mord an der jungen kurdischen Iranerin Mahsa Amini infolge eines angeblich nicht korrekt getragenen Kopftuchs der Funke, der einen Sturm entfachte. Warum ist ein Stück Stoff so wichtig für die Herrschaft des Mullah-Regimes?

Es geht nicht um das Kopftuch. Viele Demonstrantinnen tragen es, aber eben freiwillig. Es

geht um den Zwang. Dieser symbolisiert den Anspruch des Staates, umfassend Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben. Um durchzusetzen, dass sich die Hälfte der Gesellschaft verschleiert, ist im Laufe der Zeit eine regelrechte Maschinerie aufgebaut worden. Unzählige Institutionen sind dafür da, die Sittlichkeitsmoral ideologisch zu begründen, zu verbreiten und allen einzutrichtern. Letztlich werden über ein Stück Stoff weite Teile des Lebens unterworfen – von der Familienpolitik über die Ordnung der Geschlechter bis zu sexuellen Rechten.

Mit der Ablehnung des Kopftuchzwangs stellen die Proteste also das gesamte Gesellschaftsbild und die Gesellschaftsordnung infrage?

Ja, denn an den Rechten von Frauen hängen die Rechte von allen und auf alles. Dank des Internets wissen junge Iraner:innen heute, dass es in vielen muslimischen Ländern keinen Kopftuchzwang gibt. Warum, fragen sie sich, ist es dann für den Staat im Iran so wichtig? Was mischt er sich ein, was maßt er sich an? Damit widersprechen sie dem gesamten Herrschaftsanspruch des Staates über das Leben der Menschen.

Diese radikale Ablehnung macht es dann auch möglich, dass der Protest verschiedene Strömungen aufnimmt und bündelt?

Tatsächlich passiert gerade vieles gleichzeitig und so auch zum ersten Mal. Erstmals konnten sich Proteste, die im kurdischen Nordwesten ihren Ausgang hatten, im ganzen Land verbreiten. Auch die zentrale Parole, „Jin, Jiyan, Azadî!“, also „Frauen, Leben, Freiheit!“ stammt aus dem Kurdischen. Erstmals spielen Frauen wirklich die Hauptrolle in dem Aufbegehren. Erstmals werden auch LGBTQ-Menschen und -Themen im Laufe der Proteste sichtbar. Erstmals wird darüber diskutiert, wie der Staat ethnische Gruppen im Land gegeneinander ausspielt und herrscht, indem er die Gesellschaft spaltet. Umso bedeutsamer ist

es, dass alle möglichen Gruppen überall im Land demonstrieren. Frauen und Männer inklusive Genderminderheiten, jung und alt, Angestellte, Schüler:innen und Studierende und Arbeiter:innen, verschiedene ethnische Gruppen und religiöse Minderheiten, in Teheran ebenso wie im Nordwesten oder im Südosten des Landes.

Der Protest ist offenkundig sehr breit. Wie tief aber ragt der Wunsch, das Regime möge stürzen, in die Gesellschaft hinein?

Diese Frage stellen mir deutsche Journalist:innen immer, als ging es nur darum, Erfolgsaussichten abzuwägen. Natürlich darf man nicht unterschätzen, wie militarisiert der Staat ist und dass er allein über die Milizen Millionen Menschen von sich abhängig gemacht hat. In den vergangenen Jahren konnte man aber beobachten, dass der Staat immer weitere Teile seiner sozialen Basis verliert. Und es ist definitiv keine kleine Minderheit, die genug von dem System hat. So hat das Regime fast die gesamte junge Generation verloren. Die junge Generation hat den Geschmack von Freiheit geschmeckt. Sie hat Kopftücher abgelegt und verbrannt. Sie hat Bilder von Chomeini, Chamenei oder Soleimani zerstört. Sie hat alle möglichen Symbole der Macht angegriffen.

Ist der Prozess also unumkehrbar?

Für die jungen Menschen gibt es kein Zurück. Sie verstehen nicht, wie sich aus der Revolution von 1979 solch ein Staat entwickeln konnte. Ihre Wut richtet sich dabei nicht nur gegen das Regime, sie konfrontieren auch ihre eigenen Eltern: Was habt ihr euch bloß gedacht? Wie konntet ihr euch hinter Chomeini stellen und unsere Leben derart ruinieren? Warum habt ihr nicht stärker dagegen angekämpft? Die Situation erinnert ein bisschen an Deutschland in den 1960er-Jahren.

Die Welt nimmt Anteil an dieser Bewegung. Zu der Solidaritätskundgebung in Berlin sind

über 80.000 Menschen gekommen. Welche Rolle kann die iranische Diaspora spielen?

Das ist komplex. Die iranische Diaspora ist traditionell sehr gespalten. Da gibt es Monarchist:innen und Nationalist:innen, Volksmudschahedin, Linke und viele andere. Man darf nicht vergessen, dass es der Staat Iraner:innen im Ausland immer schwergemacht hat, Einfluss zu nehmen. Sie wurden stigmatisiert und gegeneinander ausgespielt, Flucht und Exil wurden als Schande denunziert. Aktuell nehme ich aber eine neue Dynamik wahr. Die iranischen Communitys sagen sich: Wenn die Menschen im Iran bereit sind, so viel zu riskieren, dann müssen wir unsere Differenzen erst mal nicht in den Mittelpunkt stellen und solidarisch sein, um über demokratische Wege über die Zukunft des Landes zu entscheiden. Es gibt auch keinen Grund zur Sorge, weil viele alte

politische Strömungen wirklich kaum eine Basis im Iran haben, wie zum Beispiel jetzt die Volksmudschahedin. Die neue Generation akzeptiert eher nicht die altmodische Art der politischen Organisationen und Parteien.

Infolge der Proteste haben in Deutschland Debatten über die eigene Politik begonnen. Hat man weggeschaut und nicht wissen wollen? Hat man – Stichwort Atomdeal – zu lange verhandelt und daran festgehalten, durch Zusammenarbeit Veränderungen bewirken zu können?

Was mich schon lange frustriert, ist Folgendes: Niemand in Deutschland hat glauben wollen, dass die iranische Gesellschaft schon lange genug hat und etwas grundlegend anderes will. Die hiesige Politik und die Medien haben sich wenig für diese gesellschaftliche Opposi-

Foto: REUTERS / Dilara Senkaya



In Istanbul und vielen anderen Orten der Welt gehen Menschen auf die Straße, um die Proteste im Iran zu unterstützen.

tion interessiert. Stattdessen haben sie immer wieder die angeblichen „Reformer“ innerhalb des Staatsapparates eingeladen und hofiert. Die haben jedoch nur ihre Interessen verfolgt und konnten dem Westen Lügen aufhängen, wie gut es doch zum Beispiel um die Menschenrechte im Iran bestellt sei.

Aber das hat doch niemand geglaubt. Geht es nicht vielmehr darum, dass die europäische und deutsche Politik immer von der Leitlinie bestimmt war, trotz allen Unrechts sei das Regime immer noch besser als das, was sonst kommen könnte? Stabilität statt Kontrollverlust?

Ich sage es mal so: Die Menschen im Iran haben sich schon lange von der Illusion verabschiedet, die Diktatur könne positiv verändert werden. Schon bei den Protesten Anfang 2018 verbreitete sich die Parole „Hartliner und Reformisten, eure Zeit ist vorbei“. Deswegen haben sie trotz aller Unterdrückung versucht, sich anders zu äußern und zu organisieren. Genau das wurde aber im Westen nie wahrgenommen, und das macht die Menschen so wütend. Warum hat sich die deutsche Außenpolitik immer an die vermeintlichen Reformer gehalten? Wie konnte Deutschland hoffen, der Iran möge sich durch diese Leute verändern? Hat irgendwer etwas von der Gesellschaft und der Staatsstruktur im Iran verstanden? Hätte man hingeschaut, wäre man jetzt auch nicht so überrascht darüber, wozu die Widerstandsbewegung im Iran fähig ist.

Dennoch dürfte sich die Zukunft des Landes nicht nur im Iran entscheiden. Das Land steht im Fokus geopolitischer Interessen und hat sich zudem zu einer Regionalmacht entwickelt. Tatsächlich ist die Entwicklung im Iran sehr eng verknüpft mit der Region. Schon die Revolution von 1979 hat die gesamte Region verändert. Es galt die Ansage Chomeinis, den eigenen Islamismus und das Modell der Revolutionsgarden zu exportieren. Das ist ge-

schehen. Der Iran mischt in vielen Ländern politisch und militärisch mit – im Libanon, in Gaza, im Jemen, im Irak und in Syrien. Aber auch dieses System wankt. Zum einen lehnen immer mehr Iraner:innen diese Politik ab. Sie wollen nicht, dass der Staat mit so viel Geld zur Militarisierung der Region beiträgt oder dass iranische Revolutionsgarden Assad gegen die eigene Bevölkerung verteidigen. Auch im Irak wehren sich immer mehr Menschen gegen die Einflussnahme des iranischen Staates. Hinzu kommt, dass wichtige Verbündete des Regimes gerade andere Sorgen haben. Russland ist mit der Ukraine, das Assad-Regime ist mit den Ruinen seines Krieges und die Hisbollah im Libanon mit einer extremen Staatskrise beschäftigt. Klar ist jedenfalls, dass Veränderungen oder gar der Sturz des Regimes Auswirkungen auf die gesamte Region haben werden. Ob Europa trotz aller Risiken einen anderen Iran will – diese Frage steht nun im Raum.

Interview: Katja Maurer und Christian Sälzer

Die Partner:innen von medico in der Region von Afghanistan bis zum Libanon stehen im Bann der iranischen Ereignisse. Im Iran selbst ist die Unterstützung autonomer Strukturen derzeit faktisch unmöglich oder nur auf Wegen, die hier nicht erzählt werden können. medico unterstützt in der Region seit vielen Jahren Organisationen, die mit den Aufständen verknüpft sind. Derzeit plant beispielsweise die Aman Women Alliance mit Unterstützung von medico eine Konferenz im Nordirak zu den Aufständen in der Region und will dabei nicht nur die eigenen irakischen Erfahrungen reflektieren, sondern auch Gäste aus Tunesien, dem Libanon und Sudan einladen, um deren Bewertungen kennenzulernen.

Spendenstichwort: medico international

medico aktiv

Globale Demokratie

Kosmopolitismus-Reihe der
medico-Stiftung



Vor der Auftaktveranstaltung des „utopischen Raums“ im Foyer der Frankfurter Paulskirche.

Zum vierten Mal seit 2019 lädt die Initiative „Der utopische Raum im globalen Frankfurt“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, der Frankfurter Rundschau und der Stiftung medico zu einer Reihe von Abendveranstaltungen ein. Der Fokus liegt diesmal auf globalen, kosmopolitischen Aspekten von Menschenrechten und ihrer Verwirklichung: Wie überwinden wir die tief verwurzelte Vorstellungswelt „nationaler Gemeinschaften“? Wie finden wir zu einer gemeinsamen, kosmopolitischen Sprache? Was ist ökonomischer Macht, die Menschen von ihren Rechten ausschließt, entgegenzusetzen? Nach dem in der Frankfurter Paulskirche eröffneten Auftaktsymposium im Oktober wird die Reihe in monatlichen Abendveranstaltungen mit Felix Trautmann und Ilija Trojanow, Annette Knaut und Charlotte Wiedemann, May Rostom und Britta Schneider sowie Wolfgang Kaleck fortgesetzt. Die Abende führen thematisch zur ersten Etappe der von der Stiftung mitinitiierten „Global Assembly“, die am 14. Mai 2023 aus Anlass des 175. Jahrestages der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche beginnt.

www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum

Abgeschottet

Tagung zur Militarisierung der EU-Außengrenzen

Die Normalisierung von Pushbacks, die starke Zunahme von Gewalt gegen Fliehende, Verleumdungskampagnen gegen Journalist:innen, die darüber berichten, und eine immer stärkere staatliche Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen – das waren die Themen der Tagung, die medico zusammen mit Brot für die Welt, Misereor und fünf weiteren Organisationen Ende September in Berlin ausrichtete. Teilnehmende aus unterschiedlichen EU-Grenzregionen beleuchteten die Konsequenzen der Abschottung. medico-Partner Azizou Chehou vom Alarm Phone Sahara berichtete beispielsweise über die Externalisierung der EU-Außengrenzen nach Westafrika. Seit vielen Jahren werden dort innerafrikanische Grenzen auf Druck der EU hochgerüstet und die Bewegungsfreiheit innerhalb der Region eingeschränkt – und das, obwohl die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS eigentlich das Recht auf Freizügigkeit zusichert. Das Interesse der Fachöffentlichkeit an der Konferenz war mit mehr als 120 Teilnehmer:innen groß. Nun geht es darum: Wie lässt sich das gesammelte Wissen sowie die transnationale Vernetzung anti-rassistischer Bewegungen gegen den Ausnahmezustand an den Außengrenzen so nutzen, dass sich die migrationsfeindliche Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer tatsächlich ändert?



Ein tragfähiges Bündnis

Treffen des BEH im medico-Haus

Digital oder real? Diese Frage steht immer im Raum, seit Covid-19 zum lästigen Bestandteil des Lebens geworden ist. Die Mitgliederversammlung des Bündnis Entwicklung Hilft (BEH) im Frankfurter medico-Haus hat gezeigt, wie wichtig es ist, sich zu begegnen. Das BEH wurde vor fast 20 Jahren kurz nach dem Tsunami gegründet. Es ist ein Zusammenschluss von inzwischen neun Hilfsorganisationen, die bei großen Katastrophen und Krisen gemeinsam und unterstützt von der ARD zu Spenden aufrufen. Beim Treffen im medico-Haus gab es Gelegenheit zum Austausch über das multiple Krisengeschehen, die Chancen und Grenzen von Hilfe darin, aber auch für eine Hausbesichtigung, guten Kuchen und Gespräche über die künftige Zusammenarbeit. In den Blick genommen wurde zudem die Frage, wie Solidarität in Zeiten bewahrt und gelebt werden kann, in denen Zukunftsängste und reale Nöte auch hierzulande mehr und mehr den Alltag prägen. Gerade unter diesen Bedingungen wird es tragfähige Bündnisse wie das BEH brauchen.

www.entwicklung-hilft.de



NEU 1



2



3



4



5



6



7



8



9

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier: www.medico.de/material



1 ÜBERWELTIGT. Krisen ohne Ende. Rettet sich, wer kann? Erschienen im November 2022, informiert der Aufklappflyer über aktuelle medico-Schwerpunkte und -Perspektiven.

2 Das Recht, nicht gehen zu müssen – [30 S.] Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Stiftung medico international [32 Seiten] – Die Broschüre Inseln der Vernunft schaffen gibt eine Übersicht über Ziele und Absichten, das praktische Handeln, die Struktur und Beteiligungsmöglichkeiten der stiftung medico international.

5 Globale Gesundheit – Kurzbroschüre [16 S.]. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

6 medico-rundschreiben 03/22 – [56 S.] Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 medico-Jahresbericht 2021 – [48 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

8 Ukraine Global – [8 S.] – Der Flyer im Pocketformat informiert über medico-Hilfe für Menschen unter Beschuss, auf der Flucht, in Dissidenz und entlang der globalen Erschütterungen des Krieges.

9 10 Jahre Rojava – [6 S.] – Der Projektflyer stellt übersichtlich und knapp die medico-Unterstützungen in Rojava vor. Geeignet für Solidaritätsarbeit mit der stets bedrohten demokratischen Selbstverwaltung.

Ich bestelle:

- ☐ Flyer ÜBERWELTIGT
☐ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen
☐ Broschüre zu Testament und Erbschaft
☐ Broschüre Stiftung medico international
☐ Broschüre: Globale Gesundheit
☐ medico-rundschreiben 03/22
☐ medico-Jahresbericht 2021
☐ Flyer Ukraine Global
☐ Flyer 10 Jahre Rojava

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- ☐ kostenlose Materialien bestellen
☐ dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an:
medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: (Schul-)Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02
BIC GENODEM1GLS



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Für Anfragen, Beratung zu Fördermitgliedschaft, Fragen zu Spenden bei besonderen Anlässen und Spendenquittungen:

Anke Böttcher, Tel.: (069) 944 38-42,
E-Mail: spendenverwaltung@medico.de



Zustiftungen und Testamentsspenden

Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
E-Mail: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
E-Mail: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine

Panik! Im Netz können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m. Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter medico.de/mit-medico-verbinden oder hier:



WENN ES NICHT ZU EINER DEMO-
KRATISCHEN REVOLTE GEGEN DAS
KRIEGSREGIME KOMMT UND SICH
NICHT EIN KONSTITUIERENDER
FRIEDENSPROZESS IN EUROPA
HERAUSBILDET, WERDEN WIR EINEN
AUTORITÄREN KAPITALISMUS
ERLEBEN, DER AUF APARTHEID
UND MILITÄRISCHEM KOLONIALISMUS
BERUHT.

Raúl Sánchez Cedillo



medico international